

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017
Band 10

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit ...**

Band 10/142

Der gescheiterte Staat "Failed state", Teil 5

Was macht Deutschland? ... Deutschland pflegt sich - Wohl zu besinnen. / Deutschland regt sich - Was wird's beginnen? / Deutschland trägt sich - Mit großen Gedanken. / Deutschland bewegt sich - In gesetzlichen Schranken. / Deutschland fragt sich - Ob's endlich soll? / Deutschland schlägt sich - Schlägt sich wie toll! / Deutschland legt sich – Zu Protokoll!
Georg Herwegh (1817-1875, deutscher Dichter)

Die Strategie der Destabilisierung Deutschlands durch die Macht der "vierten Gewalt"

Herbert Ludwig berichtete am 31. Oktober 2014 in seinem Internet-Blog "fassadenkratzer.wordpress.com" über die 4. Gewalt der Medien (x946/...): >>>**Der Journalismus als Herrschafts-Instrument**

Die Medien können heute dem Menschen die Möglichkeit umfassender Information und Horizonterweiterung bieten. Dies setzt aber eine wache Haltung voraus, in der er nicht einfach naiv oder autoritätsgläubig übernimmt, "was schwarz auf weiß geschrieben steht" oder mit sonorer Stimme von "da oben" verkündet wird, sondern es selber durchdenkt und auf seine Stimmigkeit überprüft.

Eine solche Haltung ist indessen noch nicht weit verbreitet, wie man in den Redaktionen sehr wohl weiß. So sind die Medien außerordentlich wirksame Instrumente der Beeinflussung und Meinungsmache, da die von ihnen verwendeten Begriffe unmittelbar in das Bewußtsein der Menschen eindringen, dieses unbemerkt prägen und so Verhalten und Handeln großer Massen steuern können.

Daher haben die modernen Machtstaaten das größte Interesse daran, die Medien direkt oder indirekt in ihren Dienst zu stellen. In Diktaturen versteht sich die mediale staatliche Propaganda von selbst. Daß dies in "Demokratien" nicht anders ist, nur versteckter stattfindet, dafür müssen die meisten Menschen erst aufwachen.

Macht braucht Medien

Die Macht ist darauf angewiesen, daß sie durchgehend funktioniert, d.h. daß der Wille der Herrschenden, der sich in Gesetze und Verordnungen ergießt, befolgt und notfalls von den Staatsdienern mit den verschiedenen Mitteln des Zwanges durchgesetzt wird. Die Herrschaft funktioniert um so besser und reibungsloser, je bereitwilliger die Untertanen den Willen der Herrschenden ausführen und ihr Leben danach einrichten.

Diese Bereitwilligkeit kann in dem Maße erzeugt werden, als die Herrschenden Sinn und Notwendigkeit ihrer Vorhaben den Untertanen durch öffentliche Verlautbarungen und Erklärungen so nahe bringen, daß diese sie einsehen oder zumindest durch den Druck einer entstandenen "öffentlichen Meinung" für sich keine andere Möglichkeit sehen und sich daher

fügen.

Diese "öffentliche Meinung" kann nur durch dienstbare Journalisten hergestellt werden, aus deren möglichst flächendeckenden Informationen, Kommentaren und Diskussionen die Suggestion einer "öffentlichen Mehrheitsmeinung" aufsteigt, die dem Willen der Herrschenden entspricht. Sie wird daher zu Recht "veröffentlichte Meinung" genannt.

In Diktaturen wurde und wird diese Arbeit der Medien am Bewußtsein der Menschen offen als Regierungs-Propaganda (lat. propagare - verbreiten) bezeichnet, die von einem entsprechenden Propaganda-Ministerium (nach Orwell: "Wahrheits-Ministerium") gesteuert wird.

In den modernen "demokratischen" Machtstaaten verbietet sich das, da es darum geht, den demokratischen Schein zu wahren. Hier erhalten die Medien offiziell den Rang einer unabhängigen Instanz, welche die drei klassischen Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt zu kontrollieren habe.

Abgesehen davon, daß die Unabhängigkeit der drei klassischen Gewalten durch das Parteiensystem, das alle drei durchdringt, längst nicht mehr besteht, ist auch eine unabhängige Presse als vierte Gewalt eine täuschende Fassade. Denn, wie wir gesehen haben, bedürfen die "demokratischen" Machthaber für das Funktionieren ihrer naturrechtswidrigen Macht, d.h. zur Überwältigung des Willens der Untertanen, ebenfalls der Medien, die sie sich daher auf alle mögliche versteckte Weise dienstbar machen, wozu natürlich auch gehört, sie mit Journalisten, die einer Regierungspartei angehören oder ihr nahe stehen, zu durchsetzen.

Daß auch in der "Demokratie" die Medien, besonders natürlich die parteiverseuchten staatlichen Fernsehanstalten, Propaganda-Agenturen der herrschenden Politik sind, ist gegenwärtig an der geradezu zum Krieg hetzenden "Ukraine-Berichterstattung" für jedermann offensichtlich geworden.

Und zum Glück rebellieren auch immer mehr Menschen dagegen. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte. "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit."

Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war eine der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, *"weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die "Schweigespirale", wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen.*

Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bössartigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen."

Es erhebt sich die Frage, wie und wo die verborgene Verzahnung von Macht und Medien in Deutschland konkret geschieht.

Wer hat die Macht in Deutschland?

Nun ist aber zum Verständnis des politischen Willens der Herrschenden die Erkenntnis wichtig, daß es nicht ihr originär eigener ist, daß sie nicht die wirklich Herrschenden sind.

Abgesehen von der Einbindung Deutschlands in den Beinahe-Bundesstaat EU, der bereits ca. 80 % der Gesetze des Bundestages vorgibt, sind nach der nüchternen Feststellung des US-Geostrategen Brzezinski Westeuropa und Mitteleuropa und damit auch die EU amerikani-

sches Protektorat, tributpflichtige Vasallenstaaten. Sie bilden den geostrategischen Brückenkopf des US-Imperiums für die Ausdehnung seiner indirekten und direkten Herrschaft nach Zentralasien.

Dieses Unterordnungsverhältnis wird notdürftig als "transatlantische Partnerschaft", als ein Bündnisssystem von befreundeten Staaten kaschiert, das Brzezinski ironisch ein System der indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten nennt, in dem diese im Mittelpunkt eines ineinander greifenden Universums stehen, in dem die Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, ausgeht.

In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch ein: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Zu diesem indirekten Herrschaftssystem gehört die Einbindung in das US-geführte europäische Söldnerheer der NATO, in dem die Vasallenstaaten die Herrschaft und Ausbreitung des US-Imperiums auch militärisch unterstützen müssen.

Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflußnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d.h. ihre psychische und karrierefördernde Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.

Diese Einflußnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland in transatlantischen Organisationen wie *Atlantik-Brücke*, *Aspen-Institut*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Atlantische Initiative*, *American Academy*, *American Jewish Committee*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*, *European Council on Foreign Relations* und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten.

Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young-leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien herangebildet. Dies öffnet ihnen den Zugang zu weiteren US-dominierten Zirkeln und Veranstaltungen. "Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, daß sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden."

Verzahnung

Hier werden also die maßgebenden politischen Marionetten und journalistischen Propagandisten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen. Neben führenden Politikern wie Angela Merkel, Thomas de Maiziere, Helmut Schmidt, Hans-Peter Friedrich, Cem Özdemir, Peter Altmeier, Karl-Theodor zu Guttenberg z.B. sind oder waren Alpha-Journalisten wie Kai Diekmann (Bild), Günther Nonnenmacher (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Thomas Bellut (ZdF), Thomas Roth (ARD) mit transatlantischen Organisationen in Verbindung.

Unter diesen nimmt die Atlantik-Brücke eine besonders rührige Stellung ein. Sie wurde 1952 auf Anregung von John McCloy, früher Weltbankpräsident, Vorstandsvorsitzender von Rockefellers Chase Manhattan Bank und Hoher Kommissars für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht, von dem Bankier Eric M. Warburg ins Leben gerufen. Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep war von 1984 bis 2000 Vorsitzender. Heute hat Friedrich Merz (CDU) den Vorsitz, zugleich Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der auch die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die Vizepräsidentin des

Deutschen Bundestages Edelgard Bulmahn (SPD) angehört.

Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88 Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zamberoni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Siegloch (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 von der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.

Die Atlantik-Brücke vergibt einen nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland Vernon A. Walters benannten Preis "an Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben", wie es offiziell heißt.

Verschwiegen wird, daß Walters Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA war. "Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege, den die Vereinigten Staaten je geführt haben. Und es war genau dieser CIA-Mann Walters, der in Europa die Grundzüge für das geheime Gladio-Netzwerk (der NATO) aufbauen ließ. ...

Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit subversiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950-1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh im Iran (1953) ... und beim Militärputsch in Brasilien (1964)." Er war verantwortlich für die CIA-Operation zur Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) "und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974).

Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation 'Condor'), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis. Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Merkel oder Bild-Chef Diekmann sind dort Mitglied."

Methoden

Die Amerikaner verlassen sich bei der systematischen Beeinflussung der deutschen Eliten nicht allein auf ihre "Schulung" in den genannten Vereinen und Veranstaltungen. Sie wissen die Bereitschaft durch ein beliebtes Schmiermittel noch zusätzlich zu fördern.

"In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, daß die proamerikanische Interessen vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. ... Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es zwischen 5.000 und 20.000 Dollar von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflussten Eliten."

Bewerbungs-Formulare konnten sich die US-nahen Clubs von der Webseite der US-Botschaft herunterladen, was offenbar in ausgiebigem Maße geschah, da sich die Botschaft dort ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme bedankte.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Einfluß der Geheimdienste auf die Medien, wobei die deutschen Geheimdienste wiederum genauso von den USA abhängig sind wie die anderen staatlichen Stellen.

"Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah", schildert Ulfkotte.

Ein Artikel wurde ihm einmal gar von zwei Mitarbeitern des BND in der FAZ-Redaktion in Frankfurt formuliert und "Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben." Aufgabe dieser beiden war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. "Der BND machte das damals mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angabe seiner Mitarbeiter bei vielen Zei-

tungen so."

"Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige hundert Dollar im Monat. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der Washington Post einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propaganda-Berichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber. ...

Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns so großartig, wenn wir Auftragsschreiber eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften."

Dabei kann keiner die "Informationen" des Geheimdienstes nachprüfen. Man druckt das einfach. "Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, daß ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache", so Ulfkotte aus seiner Erfahrung. Nachfragen bei befreundeten Anwälten bestätigten ihm, daß dies nach der gängigen Rechtsprechung ein Kündigungsgrund sei.

Aber auch das große Netz der Auslandskorrespondenten ist für den BND interessant. Es ist "die perfekte Tarnung, um über unverdächtige 'Journalisten' heikle Recherchen erledigen zu lassen." Der BND hat neben 6.000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17.000 "informelle" Mitarbeiter, die ganz normale Berufe haben, zu denen offenbar wesentlich zahlreiche Journalisten gehören.

"Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muß das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien 'neutrale' Berichterstattung vor sich zu haben."

Netzwerke

Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."

Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten: Klaus-Dieter Frankenberger, bei der FAZ verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik; Josef Joffe, Mitherausgeber der Zeit; Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der SZ.

Drei von ihnen hatten schon vor 2002 eine starke Verbindung zu den USA: Frankenberger war 1985-86 Mitarbeiter eines Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und 1990 Marshall Fellow der Harvard-University. Kornelius war von 1996 bis 1999 USA-Korrespondent der SZ in Washington. Und Joffe studierte an der Universität in Washington, promovierte in Harvard und lehrte später jeweils auch als Dozent an beiden Orten.

Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: "In allen vier spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über ... die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der *Münchener Sicherheitskonferenz*, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist. Frankenberger und Joffe waren Mitglieder der (von David Rockefeller initiierten) *Trilateralen Kommission*.

Joffe und Stürmer waren in der *Atlantik-Brücke* involviert ... Joffe und Kornelius waren im *American Institute for Contemporary German Studies* involviert sowie im *American Council on Germany* ... Frankenberger war Beiratsmitglied der *Atlantischen Initiative*, ... Kornelius saß im Präsidium der *Deutschen Atlantischen Gesellschaft*, die Lobbyarbeit für die Nato macht. Joffe war Teilnehmer der geheimen *Bilderberg-Konferenz*, ... sowie Kurator der *American Academy* in Berlin und des *Aspen Institute Deutschland* und hat die US-Fachzeitschrift *The American Interest* mitbegründet.

Weitere gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Organisationen waren die *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Frankenberger, Kornelius), die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Kornelius, Joffe, Stürmer) sowie deren Organ *Internationale Politik* (Kornelius, Frankenberger, Joffe).

Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem "journalistischen Output" auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen, wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."

Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das 'Westfälische System' der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen begegnen zu können."

Angesichts der Ablehnung deutscher kriegerischer Einsätze durch die Mehrheit der Deutschen fordern sie "verstärkte Anstrengungen der Politik, den Bürgern die Notwendigkeit des Militäreinsatzes in Afghanistan zu vermitteln" und "offensiv für mehr militärisches Engagement zu werben." Alle vier verlangen, "daß Deutschland die Ansprüche der Nato erfüllen und somit seine Bündnistreue ... unter Beweis stellen sollte."

"Nicht vergessen werden sollten die historischen Leistungen, die die USA und die Nato seit Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bundesrepublik erbracht haben. Alle vier Journalisten führen dies an und erwähnen teilweise Dankbarkeitsgefühle oder kritisieren die Undankbarkeit der Deutschen."

Uwe Krüger untersuchte auch die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Ergebnis: Die Welt, FAZ und SZ, von denen jeweils ein hochrangiger Journalist auch regulärer Teilnehmer war, berichteten detailliert die Auffassungen der Eliten, ohne sie zu hinterfragen oder die Kritik der Friedensbewegung zu würdigen. Da die Berichterstattung nicht nur von den zuvor beleuchteten Journalisten geleistet wurde, weist dies "auf eine generelle Elitenorientierung dieser Redaktionen zumindest in diesem Themenfeld hin."

Man wußte ja von dieser Verschwörung. Hier wird ihre Theorie wissenschaftlich bestätigt.
...<<

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Januar 2017:

>>**Sprachkritik: "Volksverräter" ist das Unwort des Jahres 2016**

Eine Frau wartet neben einem Schild mit der Aufschrift "Volksverräterin" im August 2015 vor einer Flüchtlingsunterkunft im sächsischen Heidenau auf die Ankunft von Bundeskanzlerin Merkel.

Nach "Gutmensch" im Jahr 2015 ist das Unwort des Jahres 2016 "Volksverräter". Das Wort sei ein "Erbe von Diktaturen" unter anderem der Nationalsozialisten, hieß es in der Begründung.

Sprachliche Entgleisungen erfüllen Pegida-Aktivistinnen und AfD-Mitglieder mit Genugtuung.

Was treibt sie an? Nicht nur Enttäuschung und Frustration, in Teilen auch Abscheu und Haß. Das wurde deutlich, als rechte Demonstranten am 3. Oktober 2016, dem Tag der Deutschen Einheit, in Dresden Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck als "Volksverräter" diffamierten.

Eine sprachkritische Jury der Technischen Universität Darmstadt hat den Begriff am Dienstag nun zum "Unwort des Jahres 2016" gewählt. Man habe sich für das Wort entschieden, weil es etwa gegenüber Politikern so diffamierend wirke, "daß ein solcher Sprachgebrauch das ernsthafte Gespräch und damit die für die Demokratie notwendigen Diskussionen in der Gesellschaft abwürgt".

Völkische Gruppierungen und Nationalsozialisten setzten den Terminus schon in der Weimarer Zeit als propagandistisches Instrument im Zusammenhang mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg ein. Reichsminister Matthias Erzberger vom katholischen Zentrum wurde in Pamphleten und Reden als "Volksverräter" diffamiert, nachdem er die Annahme des Versailler Vertrags mangels Alternativen befürwortet hatte. Rechtsradikale erschossen ihn auf offener Straße. Im Nationalsozialismus diene das Wort unter anderem dazu, politische Gegner zu isolieren und mundtot zu machen.

Die Vorstellung vom "Volksverräter" durchdrang auch das Strafrechtsdenken. Andersdenkende wurden als "Volksverräter" in Willkürprozessen zur Schau gestellt. Nach der Vorstellung des NS-Richters und Präsidenten des Volksgerichtshofs, Roland Freisler, sollte die Rechtsprechung "vom festen Willen zur Ausrottung des Verrats" getragen sein. Straftatbestände wie Hochverrat, Landesverrat, Gebietsverrat sowie Volksverrat wurden angewendet - und vermeintliche Täter zu Tausenden zum Tode verurteilt.

Nun ist das Wort wieder da. So beschimpfte Stefan Räßle von der AfD-Fraktion im November im Landtag von Baden-Württemberg Mitglieder aus anderen Fraktionen als "Volksverräter". In der Debatte über Flüchtlinge diffamiere der Begriff auch "Toleranz und Hilfsbereitschaft pauschal als naiv, dumm und weltfremd, als Helfersyndrom oder moralischen Imperialismus", sagte Nina Janich vom Darmstädter Institut für deutsche Sprache am Dienstag. Zum "Wort des Jahres" hatte die Wiesbadener Gesellschaft für deutsche Sprache am 6. Dezember das Kunstwort "postfaktisch" gekürt.

Von "alternativlos" bis "Gutmensch"

2015 - Gutmensch: Der Vorwurf diffamiere Hilfsbereitschaft und Toleranz pauschal als naiv und dumm.

2014 - Lügenpresse: Die pauschale Verurteilung verhindere fundierte Medienkritik und leiste einen Beitrag zur Gefährdung der für die Demokratie so wichtigen Pressefreiheit.

2013 - Sozialtourismus: Der Ausdruck diskriminiere Menschen, "die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen" und verschleierte ihr Recht hierzu.

2012 - Opfer-Abo: Der Begriff stelle Frauen pauschal unter den Verdacht, sexuelle Gewalt zu erfinden und damit selbst Täterin zu sein. Jörg Kachelmann hatte die Wortschöpfung unter anderem in einem "Spiegel"-Interview verwendet.

2011 - Döner-Morde: Der Begriff wurde für die Mordserie der rechtsextremistischen NSU-Terroristen verwendet. Mit der "sachlich unangemessenen, folkloristisch-stereotypen Etikettierung" würden ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt.

2010 - Alternativlos: Das Wort suggeriere zu Unrecht, daß keine Diskussion mehr notwendig sei.<<

Die Tageszeitung "Augsburger Allgemeine" berichtete am 25. Januar 2017: >>**Korruption ist überall zu Hause - auch in Deutschland**

Wie korrupt ist Deutschland? Laut Transparency International halten auch deutsche Behörden zunehmend gerne mal die Hand auf - vor allem in den Kommunen.

Im internationalen Vergleich gelten deutsche Unternehmen, Politiker und Behörden als ver-

gleichsweise sauber. Doch die Organisation Transparency International, die weltweit gegen Bestechlichkeit kämpft, ist alarmiert: Führungskräfte deutscher Unternehmen nehmen es laut einer Studie als zunehmend normal wahr, daß "irreguläre Zahlungen" an Verwaltungen fließen, damit bestimmte Vorgänge beschleunigt oder erst möglich gemacht werden.

Aktuelle Fälle scheinen diese Einschätzung zu bestätigen: Mehrere hunderttausend Euro soll etwa der Oberbürgermeister von Regensburg von einem Bauunternehmer kassiert haben ... Wie geschmiert lief dann offenbar im Gegenzug die Vergabe eines 35 Hektar großen Baugebiets an die spendable Firma. Seit einer Woche sitzt Rathauschef Joachim Wolbergs (SPD) wegen Korruptionsverdachts in Untersuchungshaft. Auch gegen dessen Amtsvorgänger Hans Schaidinger (CSU), den früheren Vorsitzenden des bayerischen Städtetags, wird ermittelt. Und in Ingolstadt stehen 13 Personen in einer Korruptionsaffäre um die örtliche Klinik im Visier der Staatsanwaltschaft.

Transparency: Kommunen ein wichtiger Schauplatz von Korruption

Für Edda Müller, Vorsitzende von Transparency Deutschland, passen die Fälle ins Bild: "Die Kommunen sind ein wichtiger Schauplatz von Korruption, denn da fließt viel Geld." Daß etwa im Fall Regensburg der Eindruck entstehe, "daß Bürgermeister sich bedienen, das bleibt im Gedächtnis".

Deutschland hat im aktuellen "Korruptionswahrnehmungsindex", den Transparency gestern präsentierte, seinen zehnten Rang aus dem Vorjahr verteidigt. Das bedeutet, daß nur neun Länder auf der Welt als weniger korrupt gelten: Die vier skandinavischen Länder sowie Neuseeland, die Schweiz, die Niederlande, Singapur und Kanada. Dennoch gebe es in Deutschland besorgniserregende Entwicklungen, sagt Edda Müller. Während die Wirtschaft Politik und Behörden als immer korrupter wahrnehme, schwinde auf der anderen Seite auch das Vertrauen in die deutschen Firmenbosse.

Transparency zitiert eine Untersuchung, in der ein Drittel der Befragten annahm, daß alle oder die meisten Unternehmensleitungen in korrupte Machenschaften verwickelt seien. Dazu habe auch die VW-Affäre beigetragen. In den Korruptionswahrnehmungsindex fließt eine Reihe von Studien ein, die sich mit der Wahrnehmung von Korruption in den einzelnen Ländern befassen. Transparency hält dies für aussagekräftiger, als etwa die Zahl der Fälle zu vergleichen, die vor Gericht landen oder zu Verurteilungen führen. Denn gerade in den korruptesten Ländern bleibe Bestechung ja meist ohne Folgen.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. März 2017 (x892/...): >>Volk, Vaterland, Vertreter, Versprecher ...

Auch in den letzten Wochen fielen uns Sätze auf: weil sie so bezeichnend, provozierend, treffend, typisch, dumm, entlarvend, belustigend, intelligent, nachdenklich oder anregend sind. Wir haben wiederum völlig willkürlich eine ganz kleine Blütenlese dieser Sätze zusammengestellt. Ab und an verdichtet sich eben etwas in einem einzigen Satz, in einem ganz kurzen Textabschnitt.

"Viele meiner deutschen Mitmenschen sind mir einfach ein Rätsel. Ein Buch mit sieben Siegeln. Und sie scheinen in einer komplett anderen Welt und Wirklichkeit zu leben als ich. Mein Land wird mir immer fremder." (Unbekannt)

"Es ist möglich, daß der Deutsche noch einmal von der Weltbühne verschwindet; denn er hat alle Eigenschaften, sich den Himmel zu erwerben, aber keine einzige, sich auf Erden zu behaupten, und alle Nationen hassen ihn wie die Bösen den Guten. Wenn es ihnen aber wirklich einmal gelingt, ihn zu verdrängen, wird ein Zustand entstehen, in dem sie ihn wieder mit den Nägeln aus dem Grabe kratzen möchten." (Friedrich Hebbel, Tagebücher, 4.1.1860)

"Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft: wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit." (Orwell, 1984, S. 308).

"Die Faulheit ist das letzte Gut, das uns vom Paradies geblieben ist." August Wilhelm

Schlegel

"Schon gemerkt? So gut wie alle Flüchtlinge sind 17 Jahre alt." (Unbekannt)

"Es ist wichtig, sich immer daran zu erinnern, daß Sozialismus nur ein Kosename ist. Wie der gemütliche Schorsch eigentlich ein ungemütlicher Georg ist. Denn der Verzicht auf Gewalt bei den 'Sozialisten' bedeutet nur, daß sie in ihrer Strategie und Taktik wesentlich subtiler geworden sind. Die menschenfeindlichen kommunistischen Ziele werden (statt mit Gewalt) mit massenpsychologischen und anderen Tricks verfolgt und umgesetzt." (Adorján F. Kovács am 06.02. im Portal "Freie Welt")

"Vor Jahren sagte ich: Gott schütze Franziskus, wenn er nicht weiß, was er tut. Wenn er es aber weiß, dann schütze Gott uns in der Kirche! - Heute sage ich: er weiß, was er tut." (ein irischer Passionist)

"Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in alle Zukunft sich selbst." (Friedrich Ebert (SPD), Präsident der Weimarer Republik von 1919 bis 1925, laut Wikiquote)

"Deutsch-Österreich muß mit dem Mutterland für alle Zeiten vereinigt werden. Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. Sie gehören zu uns, und wir gehören zu ihnen." (derselbe)

"Diejenigen, denen wir die große Ehre erweisen, bei uns einreisen zu dürfen, sollten dieses Land unterstützen und seine Menschen und Werte lieben." (Donald Trump in seiner ersten Kongreßrede)

"Wie in einem defekten Fahrstuhl gefangen, zuckeln sie immer zwischen dem 33. und 45. Stockwerk hin und her. (...) "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben", warnte Michail Gorbatschow 1989 die DDR-Führung, die die Zeichen der Zeit nicht sehen wollte und längst überfällige Reformen ihres verkrusteten Staatssozialismus verweigerte. Die Ergebnisse sind bekannt.

Damals ging es nur um einige Jahre, die die ostdeutschen Genossen den Reformern im Kreml hinterher hinkten. Heute geht es um jene, die 70 Jahre zurückgeblieben sind und trotzdem an den Schaltstellen der Macht kleben, in Politik und Medien den Ton angeben. Längerfristig haben sie keine Zukunft, dazu mangelt es ihnen zu sehr an Lebensfreude, Neugier und Selbstreflexion. Doch bis sie endlich abtreten, können sie mit ihrer zwanghaften und böartigen NS-Fixierung die Zukunft der gesamten Gesellschaft beeinträchtigen." (Oliver Zimski auf der "Achse des Guten" - achgut.com - über die Deutschen des 21. Jahrhunderts)

"Gott sei Dank, et hät jeklapp!" (Sr. Isa Vermehren auf die Frage, was sie Jesus sagen würde, wenn sie ihm nach ihrem Tod begegnen würde)

"Am Rande: Was könnte es für den Konstrukteur einer Raumsonde, die in 500 Millionen Kilometern Entfernung zur Erde auf einem kurzperiodischen Kometen landet, Plausibleres und Naheliegenderes geben, als den Vorschriften eines frommen Beduinen aus dem 7. Jahrhundert zu folgen?" (Michael Klonovsky 05.03.2017)

"Ein Protestant wird zustimmen, wenn man über den Papst sagt, ein Mann allein könne doch nicht behaupten, recht zu haben. - Ein moderner Katholik und ein Protestant werden zustimmen, wenn man über Erzbischof Lefebvre (der die katholische Tradition verteidigte) sagt, ein Mann allein könne doch nicht gegen Papst und Kirche recht haben. - Beide aber werden empört reagieren, wenn man über Luther (der eine neue Kirche und einen neuen Glauben gründete) sagt, ein Mann allein könne doch nicht gegen Papst und Kirche recht haben: das nennen sie in dem Fall dann "Mannesmut"." (unbekannt)

"Deutschland, Deutschland, langsam verzweifle ich an Dir. Du machst mich wund und krank." (Martin E. Renner auf "jouwatch")

"Die Lage des Haustieres zieht die des Schlachttiers nach." (Ernst Jünger, Waldgang, 1951, Kapitel 11)

"Wenn alle Institutionen zweifelhaft oder sogar anrühlich werden und man selbst in den Kirchen nicht etwa für die Verfolgten, sondern für die Verfolger öffentlich beten hört, dann geht die sittliche Verantwortung auf den Einzelnen über oder, besser gesagt, auf den noch ungebrochenen Einzelnen." (Ernst Jünger, Waldgang, 1951, Kapitel 30)

"Es ist ein Netzwerk der Guten, das dieses Land prägt und es stark macht." (Gauck beim Abschiedsbesuch der Stuttgarter Nachrichten)

"Unser Parlament und die Regierung bestimmen die Politik. Eine Direktwahl des Bundespräsidenten würde den Eindruck erwecken, daß es da noch eine letzte Instanz gibt, die autorisiert ist, notfalls das zu korrigieren, was die Regierung möglicherweise falsch gemacht hat." (Gauck in der Stuttgarter Zeitung)

"Wenn das mit der Kötterasse jetzt amtlich ist, bezahlen wir Ureinwohner in Zukunft nur die Hundesteuer statt der Einkommenssteuer und allen anderen Abgaben?" (Kommentar auf einem politischen Blog)

"Denn jedes Volk bildet eine historisch gewachsene Kulturgemeinschaft, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen. In der Sprache, in Wortbildung und Wortgebrauch, in Grammatik und Syntax, in Redewendungen und bildhaften Ausdrücken offenbart sich am unmittelbarsten die seelische Konfiguration einer Volksgemeinschaft, die sich in Dichtung und Literatur ihren höchsten künstlerischen Ausdruck verschafft. Aber auch in den anderen Künsten wie der Malerei und der Musik, sowie in Wissenschaft, Recht und religiösem Leben prägt sich die seelische Eigentümlichkeit eines Volkes in einer besonderen Form und eigenem Stil deutlich aus." (Internetfund)

"Sicherheit ist kein Wert an sich, weshalb Bundeskanzlerin und Bundespräsident von Leibwächtern umgeben sind, nicht aber der einfache Düsseldorfer. Der bezahlt sie nur." (Kommentar nach dem Axtanschlag im Düsseldorfer Hauptbahnhof)<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 18. März 2017 (x892/...): >>**AfD für Katholiken nicht wählbar**

Die Deutsche Bischofskonferenz hat die AfD offiziell für nicht wählbar erklärt. Diese Erklärung ist in mehrfacher Hinsicht eine grobe Zumutung, auch wenn man selbst kein AfD-Befürworter oder -Wähler sein sollte. Wir fanden einen ebenso kurzen wie zutreffenden Kommentar vom heutigen Tage, den wir (wie immer bei solchen Gelegenheiten) mit unserer Frage begleiten möchten: "Ist es erlaubt, dem Bischof Steuern zu zahlen?"

Die Deutsche Bischofskonferenz hat die AfD offiziell als für Katholiken nicht wählbar erklärt. Strenggenommen haben die Bischöfe, da sie ja keinem politischen Verein vorstehen, statuiert, daß jenes Christentum, wie sie es verstehen, nicht mit der AfD und ihren Mitgliedern zusammenpaßt. Was die AfD übrigens von NSDAP und SED unterscheidet, aber noch herrscht sie ja nicht. Und schließlich ist nur der Papst ein Pontifex, nicht aber die Bischöfe, die dürfen nach dem - übrigens von mir stammenden und von mir präferierten - Motto handeln: Laßt uns Mauern über Gräben bauen!

Linkspartei, Piraten und Grüne hingegen passen zu jenem Christentum der Zöllner, wie es von der deutschen katholischen Kirche verstanden wird. Am meisten aber tut dies sowieso der Islam, wie zuletzt die Chefkleriker Marx und Bedford-Strohm zu Jerusalem demonstriert haben, als sie ihre Kreuze ablegten, um in der al-Aqsa-Moschee jenem einzigen Gott ihre Aufwartung zu machen, der niemals einen Sohn gezeugt hat.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. März 2017: >>**Nur "rechtsradikal"**

Nicht als Rassist, aber als Rechtsradikaler muß sich der Osteuropa-Historiker Jörg Babrowski weiterhin von linken Studenten beschimpfen lassen. Zu diesem "Kompromiß" kam das Landgericht Köln in seinem Urteil. Der Professor von der Berliner Humboldt-Uni hatte ge-

klagt, nachdem ihn der Asta der Universität Bremen verunglimpft hatte.

Weil er als "provokant wahrgenommen" werde und der Schutz von Meinungsäußerungen das allerhöchste Gut sei, müsse er sich also das "Attribut" rechtsradikal weiter gefallen lassen. Baberowski war in der Vergangenheit ein vehementer Kritiker der Masseneinwanderung.

Kritiker der Masseneinwanderung

Unter anderem sagte er: "Das Deutschland, das wir kennen, wird durch die Masseneinwanderung verschwinden. Es ist das Deutschland, das auf einem christlichen Wertefundament beruht. All das, was uns lieb und teuer war, womit wir unserem Leben bislang einen Halt gegeben haben, muß sich ändern, weil Menschen aus einem anderen Kulturkreis kommen und auch andere Vorstellungen davon haben, wie wir leben sollen."

Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig. Sowohl Baberowski als auch der Bremer Asta können Einspruch dagegen einlegen. Ansonsten gab das Gericht Baberowski in weiten Teilen recht. Das betrifft nicht nur den Rassismusbewertung, sondern auch sinnenstimmende beziehungsweise gefälschte Zitate, die der Asta von ihm verbreitete.

Wiederholt hatten in der Vergangenheit linksradikale Studentengruppen Auftritte und Vorlesungen Baberowskis verhindert, zuletzt an der Uni Bremen, wo der Wissenschaftler auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung über "Räume der Gewalt" referieren sollte.

"Ich habe meinem Vater unrecht getan"

An seiner Berliner Uni störte eine linke Studentengruppe wiederholt seine Vorlesungen. Dort zirkulierten auch Texte, die zwar seinen Namen trugen, aber nicht von ihm verfaßt waren. Dabei kennt Baberowski das linksextreme Milieu aus eigener Erfahrung. Als Schüler war er Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW), der maoistisch geprägt war. Später distanzierte er sich davon und sagte: "Ich habe meinem Vater unrecht getan" - weil er moralisch über ihn und dessen Vergangenheit während des Dritten Reichs geurteilt hatte.<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 20. April 2017: >>**Bundeswehr: Kaputte Truppe**

Die Bundeswehr kann nur 30 bis 70 Prozent ihrer Waffensysteme einsetzen, der Rest ist defekt und wartet auf Reparatur. Wir zeigen, was noch fährt, fliegt und schwimmt.

Die Bundeswehr hat viele Panzer, Flugzeuge, Hubschrauber und Schiffe. Doch nur ein kleiner Teil davon ist einsatzfähig. Mehr als ein Dutzend Auslandseinsätze verschleißten das Material, den Werkstätten fehlen das Personal oder auch die Ersatzteile, weil - wie beim Eurofighter - zwar neue Waffen gekauft, aber nie genug Nachschubteile dafür bestellt wurden. 30 bis 70 Prozent der Waffensysteme der Bundeswehr stehen daher kaputt herum.

Ob das Transportflugzeug A400M oder der Schützenpanzer Puma - immer wieder sorgen defekte Waffen der Bundeswehr für Schlagzeilen. ZEIT ONLINE hatte 2014 schon einmal gezeigt, wie hoch die Ausfälle beim Material insgesamt sind. Damals hatte das Verteidigungsministerium dem Bundestag versprochen, künftig regelmäßig über den "Klarstand" zu informieren, also über die Waffen, die wirklich eingesetzt und für die Ausbildung genutzt werden können. Einmal im Jahr meldet nun der Generalinspekteur der Bundeswehr die "materielle Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme". ZEIT ONLINE liegt die aktuelle Version der Liste vor. Hier eine Übersicht über die wichtigsten Waffensysteme und ihren Zustand:

GTK Boxer

Heer

Voll einsatzfähig: **102** von 142 (72 %)

2014: 70 von 70 (100 %)

SPz Puma

Heer

Voll einsatzfähig: **23** von 48 (48 %)

Leopard 2

Heer

Voll einsatzfähig: **132** von 167 (79 %)

2014: 232 von 232 (100 %)

Panzerhaubitze 2000

Heer

Voll einsatzfähig: **41** von 61 (67 %)

2014: 76 von 76 (100 %)

KHS Tiger

Heer

Voll einsatzfähig: **12** von 27 (44 %)

2014: 10 von 10 (100 %)

NH-90

Heer

Voll einsatzfähig: **9** von 29 (31 %)

2014: 2 von 8 (25 %)

Patriot

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **6** von 10 (60 %)

2014: 7 von 12 (58 %)

C-160 Transall

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **18** von 29 (62 %)

2014: 21 von 43 (49 %)

A400M

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **1** von 3 (33 %)

Tornado

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **28** von 74 (38 %)

2014: 36 von 66 (55 %)

Eurofighter

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **41** von 79 (52 %)

2014: 8 von 42 (19 %)

CH-53

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **18** von 42 (43 %)

2014: 7 von 16 (44 %)

U-Boot 212 A

Marine

Voll einsatzfähig: **2** von 4 (50 %)

2014: 1 von 1 (100 %)

Mk 88 Sea Lynx

Marine

Voll einsatzfähig: **5** von 18 (28 %)

2014: 0 von 18 (0 %)

Mk 41 Sea King

Marine

Voll einsatzfähig: **4** von 14 (29 %)

2014: 3 von 15 (20 %)

Fregatten

Marine

Voll einsatzfähig: **7** von 7 (100 %)

2014: 7 von 8 (88 %)

Korvette K 130

Marine

Voll einsatzfähig: **3** von 4 (75 %)

2014: 2 von 2 (100 %)

Stand: November 2016. Quelle: Bundeswehr

Die aktuelle Meldung für 2016 zeigt, daß die Lage ein klein wenig besser geworden ist. Vom gepanzerten Truppentransporter Boxer sind zum Beispiel inzwischen sehr viel mehr Fahrzeuge einsatzfähig und auch die Marinehubschrauber fliegen wieder.

3,2 Milliarden für Reparaturen pro Jahr

Der Bericht des Generalinspektors zeigt aber auch, daß das grundsätzliche Problem noch immer nicht behoben ist. Obwohl die Bundeswehr 2017 nun 3,2 Milliarden Euro für die Instandsetzung einplant, stehen viele Waffen weiterhin herum, weil sie schneller kaputt gehen als ursprünglich geplant wurde und weil die Reparatur zu lange dauert. Denn um Geld zu sparen, werden neue Panzer oder Flugzeuge vom Verteidigungsministerium gern ohne ausreichende Instandsetzungseinrichtungen bestellt.

Oder die Waffen sind bereits so alt, daß es für sie gar keine Ersatzteile mehr gibt. Der Hubschrauber Sea King beispielsweise kann nur noch durch "unkonventionelle Ersatzteilgewinnung" repariert werden, wie es im Bericht des Generalinspektors heißt. Was bedeutet, daß die Bundeswehr ihre Flotte nur noch am Leben erhalten kann, indem sie in anderen Ländern ausgemusterte Hubschrauber dieses Typs kauft und ausschlachtet.

Die Bundeswehr versucht einiges, um diesen Zustand zu verändern. Das zeige langsam Wirkung, heißt es in dem Bericht. Dort steht aber auch: "Sprunghafte Verbesserungen der materiellen Einsatzbereitschaft sind allerdings nicht zu erwarten."

Nachtrag zum besseren Verständnis der Zahlen: Die Bundeswehr gibt für jedes Waffensystem drei Werte an, den Gesamtbestand der existierenden Waffensysteme, den Verfügungsbestand und die Zahl der einsatzbereiten Systeme. Wir haben nur die letzten beiden Kategorien dargestellt und aus den monatlichen Angaben einen Durchschnittswert für das gesamte Jahr gebildet. So taucht beispielsweise das U-Boot, das Ende 2016 neu in Dienst gestellt wurde, darin noch nicht auf. Die Marine listet es zwar im Gesamtbestand, aber es steht ihr noch nicht für Einsätze zur Verfügung. Der Gesamtbestand ist bei jedem System noch viel höher, aber die Fahrzeuge sind beispielsweise zur Erprobung beim Hersteller oder lagern in einem Depot. Daher haben wir diese Zahl nicht gezeigt.<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 24. April 2017: >>**AfD-Parteitag in Köln: Jagdszenen am Rhein - Kolumne**

Demokratie und Feigheit Jagdszenen am Rhein

Wo ist eigentlich der Bundespräsident, wenn man ihn braucht? In Köln wurden AfD-Delegierte von der Antifa drangsaliert und bedroht - und die politische Klasse in Deutschland scheint das völlig in Ordnung zu finden.

Eine Kolumne von *Jan Fleischhauer*

Gibt es im Schloß Bellevue einen Fernseher? Hat der Bundespräsident die Straßenszenen vor dem AfD-Parteitag aus Köln gesehen? Oder bekommt er die Nachrichten erst mit dem offiziellen Pressespiegel seines Amtes vorgelegt?

Ich habe auf ein Wort des Bundespräsidenten gewartet. Ihm liege die Verteidigung der Demokratie besonders am Herzen, hat Frank-Walter Steinmeier zur Amtseinführung gesagt. Wir müßten nicht nur über Demokratie reden, wir müßten wieder für sie streiten. "Demokratie

ist die Staatsform der Mutigen", sagte er, deshalb dürfe man von ihm erwarten, daß er parteiisch sein werde, parteiisch für die Sache der Demokratie.

Eine Partei, die in elf Landtage eingezogen ist, zum Teil mit zweistelligen Ergebnissen, hält in einer deutschen Großstadt einen Parteitag ab. Schon vor dem Termin wird das Hotel, in dem der Parteitag stattfinden soll, bedroht, um eine Stornierung der Buchung zu erreichen. Die Mitarbeiter erhalten Todesnachrichten; der Direktor verläßt das Hotel nicht mehr, weil die Polizei ihm sagt, daß sie andernfalls nicht für seine Sicherheit garantieren könne.

Zum Auftakt des Parteitags können Delegierte nur unter Polizeischutz den Tagungsort erreichen. Stahlgitter und Wasserwerfer sind aufgeföhren, um die Veranstaltung zu schützen. Wo die Beamten nicht schnell genug sind, werden Delegierte nicht nur beschimpft, sondern auch körperlich attackiert. Auch Journalisten müssen mit Schikanen rechnen, wenn sie sich nicht sofort als solche zu erkennen geben.

"Bist du Nazi?" - "Journalist." - "Weis dich aus!" Der Dialog stammt nicht von einer Pegida-Demo, die für das Dunkeldeutschland symbolisch geworden ist, sondern vom Rand der Proteste, die nach Auskunft der Veranstalter ein offenes, tolerantes, buntes Köln zeigten. Berichtet hat ihn Miriam Hollstein, die für die "Bild am Sonntag" akkreditiert war. Es ist ein kleiner Ausschnitt dessen, was sich am Wochenende in Köln zugetragen hat, aber ein vielsagender.

Bin ich der Einzige, der es verstöhrend findet, wenn eine Partei in Deutschland nur noch unter Polizeischutz ihr Programm debattieren kann, und niemand in der politischen Elite des Landes daran etwas auszusetzen hat? In den Berichten zum AfD-Parteitag in Köln wurde nahezu einhellig gelobt, wie friedlich die Stimmung auf den Protestveranstaltungen geblieben sei. Man kann auch sagen: Die demokratische Öffentlichkeit ist bescheiden geworden. Wenn sich die Antifa anmeldet, um ihr Verständnis von Toleranz zu demonstrieren, gilt es schon als Erfolg, wenn anschließend nicht die halbe Stadt brennt.

Es sei eine "Provokation", daß die AfD ausgerechnet Köln als Versammlungsort gewählt habe, hat die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker erklärt. Auch die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft benutzte das Wort. "Es ist eine Provokation. Aber sie haben die falsche Stadt und das falsche Bundesland ausgesucht", war ihr Kommentar anläßlich des traurigen Umstands, daß es 4.000 Polizisten brauchte, um 516 AfD-Delegierten die freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Kraft meinte mit dem Satz nicht die Demonstranten, die die im Einsatz befindlichen Polizeibeamten als Faschistenbeschützer beschimpften, sondern die Delegierten, die von ihrer Versammlungsfreiheit Gebrauch machten.

Eine Provokation? Wo hätte sich die AfD denn statt dessen versammeln sollen, um ihr Programm für die Bundestagswahl zu beraten: in Duisburg, in Essen? Oder besser nirgendwo in NRW, weil ein AfD-Parteitag das Wir-Gefühl stört, das die SPD im Wahlkampf plakatiert? Aber was wäre dann nach Meinung der Ministerpräsidentin ein geeigneter Ort gewesen: die Hallig Hooge?

Mir fallen tausend Dinge ein, was ich an der AfD auszusetzen habe. Mit Leuten wie Alexander Gauland an der Spitze ist die Partei auf dem Weg in die Einöde der politischen Randzone. Spätestens nach dem Parteitag in Köln ist klar, daß man in der AfD alles sagen darf, ohne daß es Konsequenzen hat: Man kann in dieser Partei Reinhard Heydrich für einen ordentlichen Mann halten und Anders Breivik für jemanden, der aus Verzweiflung zum Massenmörder wurde. Gauland ist der Letzte, der den Willen und die Courage hat, solchen Irrsinn abzustellen.

Aber die AfD ist keine verbotene Partei. Bislang ist sie noch nicht mal ein Fall für den Verfassungsschutz. Ich kenne außerdem eine Reihe von Politikern, von denen ich mir wünschen würde, sie hielten den Mund, ohne daß ich auf die Idee käme zu verlangen, daß man sie am Reden hindert. Ich finde auch die Positionen der Linkspartei unangenehm. Dennoch würde ich das Gleiche schreiben, wenn rechtsradikale Hooligans versuchten, einen Parteitag der Linken

zu unterbinden.

Das ist ein reizvolles Gedankenspiel: Glauben wir, daß die politische Klasse in Deutschland stumm bliebe, wenn rechte Horden Abgeordnete der Linken auf dem Weg zum Parteitag drangsalieren würden? Meine Vermutung ist: eher nicht.

Der Bundespräsident bricht diese Woche zu einer großen Deutschlandreise auf, um, wie sollte es anders sein, die Demokratie zu stärken. Die erste Etappe ist Bayern, das ist natürlich eine untadelige Wahl. Aber vielleicht könnte Steinmeier auch einen Halt in Köln einlegen, um den Demokratiebewahrern dort zu sagen, daß jedenfalls nicht viel Mut dazugehört, wenn man mit 10.000 Gleichgesinnten gegen 500 Andersdenkende antritt.

Mutig ist es, gegen die Mehrheit zu stehen. Leider wird beides in Deutschland oft verwechselt. Das ist, wenn man so will, unsere Tragik.<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 26. April 2017: >>>Rechtspopulismus: Und wenn die AfD Recht hat?

Auch wenn die AfD gerade mit sich selbst befaßt ist - sie wird nicht einfach verschwinden. Der Erfolg der Partei hat mehr mit uns zu tun, als wir glauben.

Von *Jana Hensel*

Das kleine Erdbeben ist in Erinnerung geblieben. Es fand im Sommer 2011 statt und wurde von Frank Schirmmacher, dem damaligen Herausgeber der *FAZ*, ausgelöst. Für das Erdbeben reichte ein einziger Satz. Er lautete: "Ich beginne zu glauben, daß die Linke recht hat."

Damals ging es noch nicht um die Flüchtlingskrise. Es ging auch noch nicht um die Griechenland- oder Eurokrise, die folgten wenig später, nein, damals war die sogenannte Bankenkrise das Thema. Eine Krise, zu deren Lösung die betroffenen Staaten milliarden schwere Rettungspakete schnürten, um den drohenden Bankrott globaler Bankhäuser zu verhindern. Staatliches Geld, Steuergeld, Geld des kleinen Mannes und der kleinen Frau.

Schirmmacher kam das wie ein Ausverkauf des Neoliberalismus und jener Werte vor, die dieser Neoliberalismus lange gepriesen hatte: "Freiheit, Autonomie, Selbstbestimmung bei gleichzeitiger Zählung des Staates und seiner Allmacht." Deshalb wechselte er einmal gedanklich die Seiten und schaute sich die Gegenwart aus der Perspektive jener an, die politische Gegner waren, die anders dachten als er und seine Leute. Die Linken.

Jana Hensel

Die Schriftstellerin und Publizistin wurde 2002 mit dem Buch *Zonenkinder* bekannt. Im Herbst erscheint ihr erster Roman.

Heute, einige Krisen später, soll einmal dasselbe versucht werden, in umgekehrter Richtung. Die Perspektive soll gewechselt werden, auch um Selbsttäuschungen auf die Schliche zu kommen. Die AfD sitzt in elf Länderparlamenten. Auch wenn ihre Umfragewerte im Moment sinken, ist eine Sorge vor der Bundestagswahl berechtigt. Werden die Vorhersagen uns erneut täuschen? Werden, auch wenn die AfD sich gerade auf ihrem Parteitag einstweilen zerlegt hat, am Ende mehr Leute AfD gewählt haben, als viele progressive Deutsche es heute glauben, so wie man sich schon bei Trump getäuscht hatte?

Vielleicht hilft es zu fragen: Wo hat die AfD recht? Gibt es gute Gründe für den Aufstieg der AfD, den zeitweisen Aufstieg von Pegida? Gründe, die ihre Anhänger und Wähler zu Pegida und AfD trieben. Gründe, die man kennen sollte.

Unsere Scham

Sich zu fragen, wo die AfD recht hat: Warum fällt das eigentlich so schwer? Es ist eine Sache, sich als Konservativer für die Länge eines Gedankenexperiments auf die Seite der Linken zu schlagen. Aber es scheint eine völlig andere zu sein, die Perspektive von AfD- und Pegida-Anhängern einzunehmen. Wer das tut, setzt sich dem Vorwurf aus zu verharmlosen. Als verbreiteten die Rechtspopulisten eine Aura, gegen die man sich nicht wehren könne; als gäbe es keine rationalen Gegenargumente; als würden sie jeden, der sich ihnen nähert, willenlos in

ihren Bann ziehen.

In der AfD gibt es Menschen wie den Thüringer Björn Höcke, der in einer Diktion hetzt, wie es zuletzt im Nationalsozialismus üblich war. Auf Pegida-Demos in Dresden und auf manchen AfD-Demos in Thüringen wurde ein Haß auf Flüchtlinge und alles Fremde, Andere, Nichtdeutsche laut, der an finsterste Zeiten erinnerte.

Davon versucht man, sich zu distanzieren, da versucht man, Abstand zu halten. Dafür stellt man die AfD lieber in immer neuen Schreckensbildern dar, statt sich zu fragen, ob etwas von dem stimmen könnte, was sie sagt. Viele glauben, man dürfe mit denen nicht mal reden. Überhaupt sind viele froh, daß die AfD und Pegida im Osten erfolgreicher sind als im Westen. Aber der Osten ist nicht nur eine Himmelsrichtung, er ist eine Haltung. Er steht für eine Erfahrung.

Wenn man einen ersten Grund nennen soll, warum es die AfD und Pegida gibt: "Wir Demokraten" versuchen, die neuen Rechten von "uns" fernzuhalten. Sie haben sich in dem Niemandsland unserer Ambivalenz eingerichtet, sie profitieren davon, daß wir die Auseinandersetzung scheuen. Unser schlechtes Gewissen ist ihre Heimat.

Unsere Ängste

Seit dem Mauerfall erleben wir einen Epochenwandel: Ende des Kalten Krieges, Neoliberalismus, Europäische Union, der 11. September, Globalisierung, Digitalisierung, Einführung des Euro, die neuen Kriege, der Terror. Das sind abstrakte Schlagworte, die man benutzt, ohne noch viel über sie nachzudenken. Wir haben verstanden, daß sie unsere Gegenwart prägen, vergessen aber oft, daß sich hinter jedem dieser Worte schwer zu überschauende Veränderungswelten verbergen.

Denn die große Geschichte greift wie ein Räderwerk in die kleine, die in jedem Einzelnen von uns stattfindet. Auch hier sind die Dinge in Bewegung geraten. Erwerbsarbeit ist mittlerweile so prekär geworden, daß ältere Generationen nicht mehr verstehen, wenn einige Jüngere das als einen Vorteil, eine Herausforderung, einen Lebensstil gar betrachten. Alles ist immer im Wandel. Womöglich sind deshalb auch Familienverhältnisse prekär geworden, immer öfter emotionale Vereinbarungen auf Zeit, äußerlich mehr oder weniger feste Arrangements, denen man, wenn ihre Zeit abgelaufen ist, durch Patchworkmodelle innerlich eine Kontinuität zu geben versucht, geben muß.

Dramatische Appelle

Seit 1989 ist kein Stein auf dem anderen geblieben. Im Osten nicht und auch im Westen nicht. Diese Veränderungen haben Ängste und Verunsicherungen ausgelöst, nicht nur bei jenen, die AfD wählen.

Man muß sich einmal ein paar wenige Buchtitel in Erinnerung rufen, die in den vergangenen Jahren auf den Bestsellerlisten zu finden waren. 2002: Meinhard Miegel, *Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*. 2007: Hans-Werner Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?* 2008: Heinz Bude, *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*. Im selben Jahr: Michael Winterhoff, *Warum unsere Kinder Tyrannen werden*. 2010: Kirsten Heisig, *Das Ende der Geduld. Konsequenz gegen jugendliche Straftäter*. Auch 2010: Stéphane Hessel, *Empört euch!* 2012: Heinz Buschkowsky, *Neukölln ist überall*. Und im selben Jahr: Manfred Spitzer, *Digitale Demenz. Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen*.

Die Autoren dieser Bücher stammen aus allen Berufen und politischen Lagern, ein jeder ist auf seine Art Experte auf seinem Gebiet. Keinem kann man vorwerfen, AfD oder Pegida herbeigeschrieben oder das auch nur intendiert zu haben.

Seit ein paar Jahren jedoch mischen sich immer mehr andere Bücher darunter. Allesamt ebenfalls Bestseller. Es begann im Jahr 2010 mit Thilo Sarrazins *Deutschland schafft sich ab*, ging 2014 weiter mit Akif Pirinccis *Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexu-*

elle und Zuwanderer und Udo Ulfkottes 2015 erschienenem Buch *Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken*.

Der Graben zwischen den zuerst und den zuletzt Genannten ist breit. Dennoch ist er mit einem, sagen wir, laienhaften Auge nur schwer zu erkennen: Während die einen unsere demokratischen Werte verteidigen, wollen die anderen sie abschaffen. Mit Überhöhung, Zuspitzung und dramatischen Appellen aber arbeiten sie alle.

Warnen oder übertreiben?

Die *Spiegel*-Journalistin Melanie Amann beschreibt in ihrem gerade erschienenen Buch *Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD* folgende Begebenheit: Im Oktober 2015 steht Björn Höcke auf dem Magdeburger Marktplatz und rechnet den Leuten vor, daß "jeden Tag 10.000 bis 12.000 Asylsuchende nach Deutschland" kommen. Daß das "15 Großstädte von der Größe Magdeburgs in einem Jahr" seien. Daß damit "unsere über Jahrhunderte gewachsene Vertrauens- und Solidargemeinschaft" in Gefahr sei und daß er, "wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen", einen "Bürgerkrieg" prognostiziere.

15 Großstädte, in einem Jahr? Eine vollends unrealistische Zahl. Höckes Hochrechnung war unseriös. Er hat übertrieben. Aber haben das jene Autoren, die aus sicher gut gemeinten Gründen warnen, daß unsere Kinder zu Tyrannen werden könnten, daß die Digitalisierung Demenz auslöst und damit uns und unsere Kinder um den Verstand bringt, nicht auch getan?

Ein zweiter Grund für den Aufstieg von AfD und Pegida ist also, daß die Veränderung unserer Gesellschaft in den vergangenen 25 Jahren dauerhaft mit dramatischen Appellen, Krisenszenarien und einer stets zugespitzten Rhetorik beschrieben wurde.

Alle Seiten betreiben Geschäfte mit Ängsten, nicht nur die AfD. Man kann sich in Untergangsszenarien verlieren, man kann Angst bekommen, daß hier irgend etwas nicht stimmt. Verlieren nicht auch jene, die nicht zu den AfD-Anhängern gehören, manchmal den Mut? Befällt sie nicht ebenfalls manchmal Zukunftsangst?

Früher war alles besser

Es gehört zu den großen, oft geäußerten Mißverständnissen, daß die Rechtspopulisten sich den sozialen Problemen nicht widmen würden. Sie tun es auf ihre Art. Die AfD gründete sich im Jahr 2013 als Reaktion auf die Rettungspolitik der EU während der Bankenkrise, also aus einem ganz ähnlichen Unwohlsein heraus wie jenem, das Frank Schirrmacher in seinem Text beschrieb. Pegida nahm erst in der sogenannten Flüchtlingskrise wirklich Fahrt auf.

Gänzlich unterschiedliche Milieus fanden sich in der AfD und unter ihren Sympathisanten zusammen, und bis heute ringen sie innerhalb und außerhalb der Partei miteinander. Marktliberale Eurogegner, wütende Modernisierungsverlierer, verängstigte Mittelschichtler und anti-liberale Wohlstandsbürger.

Ein geniales Rezept

Kein Wunder, daß weder AfD noch Pegida ihrer heterogenen Anhängerschaft kohärente sozial- und wirtschaftspolitische Antworten anbieten, sie betreiben Identitätspolitik im streng nationalen Sinne. Und sie haben ein fast schon genial einfaches Rezept für die ganz verschiedenartige Wut und Verunsicherung ihrer Anhänger gefunden. Es lautet: Früher war alles besser.

Früher, das war, als Wohlstand in Westdeutschland wohlfahrtsstaatlich organisiert war und ständig wuchs. Als Männer arbeiteten und Frauen zu Hause blieben; sich um Kinder kümmerten. Und auch, als Migranten in Westdeutschland noch Gastarbeiter hießen und in der DDR Vertragsarbeiter. Die Idee war dieselbe: Irgendwann sollten alle in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

Der westdeutsche AfD-Frontmann Alexander Gauland streite für ein Land, das an jenes Deutschland von vor 30 Jahren erinnere, schreibt auch Melanie Amann in ihrem Buch: "Mit mehr Ordnung, mehr Ruhe, mehr Stabilität. Keine sperrangelweit offenen Grenzen, keine EU-

Diktate aus Brüssel, keine Globalisierung, keine *Political Correctness*."

Die Ostdeutsche Frauke Petry schwärmte in ihrer letzten Neujahrsansprache: "Es gab einmal eine Bundesrepublik ohne islamischen Terror und ohne explodierende Gewalt. Ein Gestern, in dem es undenkbar war, daß Frauen und Mädchen massenhaft sexuell belästigt und vergewaltigt wurden. Es gab ein Gestern, als die wenigsten Menschen Angst hatten, ihre Meinung offen zu äußern, ein Gestern, in dem es keine staatlich finanzierte Gesinnungskontrolle im Internet gab, ein Gestern, in dem kein systematischer staatlicher Rechtsbruch stattfand. Ich weiß, daß es viele Menschen gibt, die sich nach diesem friedlichen Gestern zurücksehnen."

Die erste Ost-West-Partei

Hört man Frauke Petry und Alexander Gauland zu, lösen sich die Gegensätze zwischen Jung und Alt, Frau und Mann, Ost und West, Reich und Arm wie in Luft auf. Es geht nur noch um ein warmes, weiches, besseres Gestern.

Das wäre ein dritter Grund für den Erfolg der AfD. Sie konnte sich etablieren, weil ihr gelang, woran die anderen bisher gescheitert sind: Sie vereint Ostalgie und Westalgie. Sie ist die erste wirkliche Ost-West-Partei; sie nimmt das alte Kohlsche Versprechen von den blühenden Landschaften noch einmal auf und macht es zu einer nostalgischen Zukunftsvorstellung.

Pegida dient ihr dabei als eine Art außerparlamentarischer Vorbote, Pegida versieht die AfD mit dem, was den anderen Parteien fehlt: *street credibility*.

Ich bin ein Verlierer, Baby

Frank Schirrmachers Text erschien, wie gesagt, im Sommer 2011. Die AfD gründete sich wiederum im April 2013. Und im Jahr dazwischen tanzten die jungen Menschen in den Clubs dieses Landes nach der Musik einer genauso jungen Band aus Chemnitz. Die Band heißt Kraftklub und ihr Album *Mit K* landete noch in der Woche des Erscheinens auf Platz eins der Charts. Eine ihrer Hymnen trägt den Titel *Karl-Marx-Stadt*, und der Refrain, von dem man sich vorstellen kann, daß die jungen Menschen ihn auf den Konzerten laut mitsangen, geht so: "Ich komm aus Karl-Marx-Stadt, bin ein Verlierer, Baby, original Ostler."

Sogar die *Tagesthemen*, die in den Wochen zuvor viel über die Entdeckung des NSU berichtet hatten, stellten die fünf Musiker vor, obwohl das Lied wie folgt weitergeht:

"Ich steh auf keiner Gästeliste, ich bin nicht mal cool in einer Stadt, die voll mit Nazis ist, Rentnern und Hools. Ich cruise Banane essend im Trabant um den Karl-Marx-Kopf, die Straßen menschenleer und das Essen ohne Farbstoff. Diskriminiert, nicht motiviert, von der Decke tropft das Wasser, nix funktioniert. Und so wohnen wir in Sachsen auf modernden Matratzen, immer gut drauf, auch ohne Kohle in den Taschen."

Auch im Westen feierte man Kraftklub als Sound einer neuen Generation. Vielleicht, weil man damals Hoffnung hatte, dieses verdammte Verlierergefühl, das seit dem Mauerfall an den Ostdeutschen klebt, ließe sich einfach wegtanzen. Doch Kraftklub blieb nichts als eine Anekdote, ein Zeichen, daß man sich die Großzügigkeit nahm, geflissentlich zu übersehen, was im Osten wirklich geschah. Eines von vielen Zeichen. Ein paar Jahre später sandte der Osten ein ganz anderes Signal seiner Kraft. Pegida versammelte sich montags.

Unsere Lebenslügen

Wer wissen will, ob etwas von dem stimmt, was die Rechten sagen, der muß in den Osten schauen. Denn auch wenn die AfD eine bundesweit erfolgreiche Partei ist, ihr Popularitätssprung im Osten ist augenscheinlich. Der Historiker Philipp Ther ist ein Westdeutscher, der sich mit dem Osten wirklich auskennt. Ther leitet das Institut für Osteuropäische Geschichte an der Universität in Wien; er hat vor drei Jahren ein Buch veröffentlicht, das den Titel *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent* trägt und die erste Geschichte des Neoliberalismus in Europa ist.

Seine Beobachtung: Nach 1989 setzte sich überall in Osteuropa eine neoliberale Wirtschaftsordnung durch. Sie war durch Deregulierung, Privatisierung, Sozialstaatsabbau und die Ak-

zeptanz gesellschaftlicher Ungleichheit gekennzeichnet. Der Staat zog sich aus immer mehr Verantwortungsfeldern zurück; so, hoffte man, würde man denselben Wohlstand erreichen wie in Westeuropa. Das ging schief. Aber nicht nur das, auch die Hoffnung des Westens erwies sich als trügerisch, daß nach dem Fall des Eisernen Vorhangs alles beim Alten bleiben würde. Die Einführung von Hartz IV ist das große Monument dieses Umbruchs. Ther nennt sie deshalb eine Kotransformation Westdeutschlands.

Das Spannendste an Thers Buch ist, daß er Ostdeutschland wie selbstverständlich zu Osteuropa zählt. In keinem anderen Land sei die Wirtschaft so stark zusammengebrochen wie im Osten nach Währungsunion und Wiedervereinigung, sie verlor 27 Prozent gegenüber dem Wert von vor 1989. Nur in Bosnien und Herzegowina findet man ähnliche Zahlen - allerdings nach dem Jugoslawienkrieg. In jedem anderen Land hätte "eine derartige Katastrophe massenhafte Proteste und die Abwahl der Regierung" nach sich gezogen, schreibt Ther. Statt dessen stimmten die Ostdeutschen mit den Füßen ab und zogen nach Westen. Junge, Schlaue, Frauen.

"Das erzeugt Protestpotential"

Auch deshalb plädiert Ther in Bezug auf die AfD für einen Perspektivwechsel: "Das Wählerverhalten der Ostdeutschen liegt im osteuropäischen Schnitt und ist gar kein überraschendes Phänomen. Die sozialen Verwerfungen treffen im Osten breitere Schichten, selbst jene, die Arbeit haben, haben eher ungute Perspektiven. Sie werden schlecht bezahlt oder oft nur befristet beschäftigt. Das erzeugt ein Protestpotential." In Polen regiert die nationalkonservative PiS, in Ungarn der autoritäre Viktor Orbán mit seiner rechten Fidesz, in der Slowakei sitzen Nationalisten mit in der Regierung und in Tschechien wirtschaftsliberale Populisten.

Das ist ein weiterer, nunmehr vierter Grund für den Erfolg der Rechtspopulisten: Der Osten ist nach dem Mauerfall zu einem Raum geworden, in dem sich alle Faktoren noch einmal radikalieren. Der Großteil der Menschen lebt in weniger Wohlstand als diejenigen im Westen. Diese Verwerfungen finden ihren Ausdruck in radikaleren politischen Ansichten. Im Protest gegen die etablierten Parteien artikuliert sich das Gefühl, zu schwach für neue Herausforderungen und nochmalige Veränderungen zu sein. Aber diese Schwäche ist keine irrationale Angst, sondern sie ist für nennenswerte Teile der Gesellschaft Realität.

Unsere Ungerechtigkeit

Wenn man also sagt, der Osten ist keine Himmelsrichtung, sondern er steht für eine Erfahrung, dann ist es die des sich nicht einstellenden Wohlstands.

Echter Wohlstand ist für viele Ostdeutsche nach dem Mauerfall eine Fiktion geblieben, den vieler Westdeutscher jedenfalls werden sie nie erreichen: Weniger als zehn der 500 reichsten Deutschen leben in den neuen Bundesländern; laut Statistischem Bundesamt verfügte ein westdeutscher Haushalt im Jahr 2013 über ein Nettovermögen von durchschnittlich 140.300 Euro, der Wert im Osten lag bei 61.200 Euro.

Ostdeutsche verdienen nicht nur weniger, sie besitzen auch weniger Immobilien, Aktien, Lebensversicherungen und Sparguthaben. Dieses Wohlstandsgefälle wird sich in den nächsten Generationen fortsetzen: Westdeutsche Akademikerkinder erben größere Summen, Ostdeutsche und Kinder von Arbeitern, kleinen Angestellten oder Arbeitslosen im Normalfall kaum etwas.

Es betrifft auch den Westen

Wenn die Rechtspopulisten im Osten, in diesem geschwächten Raum, leichter Fuß fassen können, kann der Rest des Landes das zwar ignorieren, aber nur so lange, bis das Phänomen auch dorthin schwappt. Auch in Westdeutschland gibt es strukturschwache Regionen, gibt es eine Mittelschicht, die Angst vor dem Absturz hat.

Wohlstand durch Arbeit, Aufstieg durch Bildung, das war über Jahrzehnte ein milieuübergreifendes Narrativ, eine identitätsstiftende Erzählung, eine beinahe religiöse Formel. Eigentlich in beiden deutschen Ländern. Aber diese Erzählung glauben heute viele nicht mehr. Erkennt

haben das längst eigentlich alle Parteien, wirklich reagiert hat darauf aber nur die AfD.

Die Rechtspopulisten, und das ist ein weiterer, fünfter Grund für ihren Erfolg, haben dieses Vakuum zum Kern ihrer Botschaft gemacht. Sie sprechen für jene, die das Gefühl haben, mit ihnen und für sie spreche niemand mehr. Im Moment scheint diese Symbolpolitik zu genügen. Im Moment reichen zwei einfache neue Feindbilder: die Eliten und die Fremden, die Flüchtlinge, die Anderen.

Unsere Zukunft

Warum kümmert sich die Politik nicht mehr um Fragen der gerechten Verteilung von Wohlstand und Vermögen? Warum ist in Ostdeutschland ein Raum entstanden, in dem sich alle Faktoren radikalieren können? Die AfD hat mit ihren Antworten nicht recht, aber mit manchen ihrer Fragen. Und sie spricht in Wahrheit zu jenen, die sie nicht wählen.

Auch deshalb schert sie sich nicht viel um ein Programm, scheint sich in ihren eigenen Strömungen zu verlieren und immer wieder selbst zu zerlegen. Sie sammelt mit teils rassistischen Parolen den Protest von der Straße auf und trägt ihn in die Gesellschaft, in die Medien und in die Parlamente, sie nimmt eine Kommunikation wieder auf, die lange brachgelegen hat. Sie widmet sich dabei nicht der Frage, wer wir eigentlich sein wollen, aber vielleicht muß sie das aus ihrer Sicht auch nicht.

Die AfD hat keine Lösungen, aber sie zeigt Probleme auf. Wenn man daran etwas Positives finden will: Immerhin macht es Politik lebendiger. Nun ist es an uns, über uns, unser Land und unsere Zukunft anders nachzudenken. Gerade weil die bisherigen Antworten nicht mehr allen genügen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. April 2017 (x887/...):

>>"**Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein**"

von Eva Herman

Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querdenken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. Der Rechtsanwalt und studierte Türkeiwissenschaftler ist Chef der liberaldemokratischen Partei und sitzt im russischen Parlament. Die Sichtweise der Russen, die Schirinowski hier vertritt, steht im konträren Widerspruch zu den Aussagen der deutschen Politiker und Medien. Um so interessanter ist es, diesen selten zu findenden Aussagen zuzuhören.

Gleich vorweg: Am Ende des Interviews stellte Schirinowski fest, daß man von russischer Seite aus bereit sei, die berühmte Frage der "deutschen Ostgebiete" zusammen mit Deutschland zu lösen. Vogt dazu: "Damit stellt sich Wladimir Schirinowski in eine über 70-jährige Tradition sowjetisch/russischer Politik. Schon Stalin hatte 1952 mit seiner berühmten Stalinnote die Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und Nichteintritt in die NATO angeboten.

Nikita Chruschtschow wiederholte ein solches Angebot 1955, Andropow in den 80er Jahren und bei der deutschen Wiedervereinigung kam im Sommer 1990 ein neues Angebot über die Rückgabe des sowjetischen Teils Ostpreußens mit Königsberg von Gorbatschow."

Vogt fügt in der Ankündigung des Interviews eine Aussage des offiziellen Russischdolmetschers Ernst Nagorny aus dessen Nachlaß an: "Als Michail Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:

"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl

und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau bekniert, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden."

Zu den derzeit aktuellen Themen traf Schirinowski ebenfalls klare Aussagen, wie man sie in westlichen Medien nur zu selten hört. Zum Thema einer angeblichen Annexion der Krim von seiten Rußlands stellte der russische Politiker wörtlich klar:

"Die Krim ist russische Erde, sie gehörte immer zum russischen Reich oder der Sowjetunion. Und die absolute Mehrheit der Krimbewohner kehrte mit Vergnügen in die Struktur Rußlands zurück. Es gibt keine Annexion. Wir haben kein fremdes Land erobert. Ab dem Moment der illegitimen Teilung der UDSSR haben sie immer ihre Unabhängigkeit für sich reklamiert und haben stets die Rückkehr nach Rußland gefordert. Das ging über 26 Jahre. Es gab keine bewaffneten Auseinandersetzungen während des Anschlusses der Krim. Und jetzt überhaupt: Es herrscht eine vollkommene Feststimmung. Alle sind zufrieden, und das alles sind die Wünsche der Krimbewohner und der Bewohner unseres Landes."

Michael Vogt sprach die aktuelle Lage in der Ukraine an. Die Antworten Schirinowskis klingen ähnlich gegensätzlich zum deutschen Massenmedien-Einheitsbrei, wie es schon zur Krim-Thematik und zu den deutschen Ostgebieten der Fall ist. Es sind Antworten, die wir dort niemals zu lesen bekommen würden: "Meine persönliche Meinung: Die ganze Ukraine sollte zurückkehren und Teil Rußlands werden. Ein Gouvernement, wie es zu Zeiten des Zaren war. Wenn die Ukrainer das nicht wollen, dann wird das Land, wie in Afrika, zu einer Art Somalia: Krieg, innere Fehden, Provokation, nichts Gutes, weder für Rußland, noch für Europa." Unheilvolle Worte Schirinowskis folgten zur derzeitigen Lage Europas:

"Zwischen den bekannten deutschen Repräsentanten wird darüber gesprochen, daß es ein Szenario gibt, nach dem ein Krieg zwischen Rußland und Deutschland auf dem Territorium der Ukraine - und zwar wegen der Ukraine stattfinden soll. Es gibt einen solchen Plan. Der Krieg sollte schon im Sommer 2016 anfangen, er hat nicht angefangen. Jetzt planen sie ihn für den Sommer 2017."

Schirinowski verurteilte die NATO-Osterweiterung, vor allem in den baltischen Ländern. Sie stelle eine immense Gefahr für den Frieden in Europa, ganz speziell für Deutschland, dar: "Wir haben Deutschland gebeten, aus der NATO auszutreten. Und es würde ein großes Deutschland sein, ohne Besatzungstruppen, das demokratischste in Europa. Aber, nein! Und die DDR wurde hineingezogen, und sie alle zusammen sind jetzt in der NATO. Die deutschen Soldaten sind schon im Baltikum! Doch warum machen sie das? Dieser Krieg wird der letzte sein. Alles wird vernichtet. Ganz Europa wird vernichtet. Man sollte darüber nachdenken. Amerika ist weit weg. Und wir haben noch hinter dem Ural genug Territorium. Und was bleibt von Europa nach dem Krieg?"

Schirinowski erläuterte die seit nahezu 200 Jahren verursachten Störungen der russisch-deutschen Beziehungen durch Großbritannien, die USA und Frankreich. Ihnen sei die russisch-deutsche Allianz ein Dorn im Auge, die zu friedvoller Macht führen und ihnen deshalb gefährlich werden könnte. Und so würden seit 200 Jahren Konflikte und Störungen produziert:

"Man soll damit Schluß machen. Deutschland ist doch eine kluge Nation. Es ist an der Zeit, sich endlich aus der Falle zu befreien, in die Deutschland seit fast 200 Jahren getrieben wurde und endlich mit Rußland zusammenzuarbeiten. Wir mischen uns nicht ein in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. In erster Linie sollte es aufhören, ein besetztes Land zu sein und immer nach Washington zu fahren und um Erlaubnis nachzufragen. Es soll vollständig selbstständig sein, und ich bin sicher, daß die meisten Deutschen für ein Bündnis mit Rußland sein

werden anstatt für das Bündnis mit Amerika."

Falls es dazu käme, daß das deutsche Volk Rußland um Hilfe bäte, wie würde Rußland entscheiden, fragte der Journalist schließlich. Die Antwort Schirinowskis dürfte so manchem Hoffnung und Trost geben: "Hilfe für Deutschland? Und Europa? Wir leisten jede Hilfe. (...) Es ist die Bestimmung Rußlands, in kritischen Momenten Hilfe zu leisten bei der militärischen Lösung jedes Problems, jeder Frage."

Schirinowski beendete das Interview mit der bereits zu Anfang erwähnten Thematik der deutschen Ostgebiete: "Wir haben den Deutschen die östlichen Gebiete weggenommen und den Polen gegeben. Aus welchem Grunde befinden sich heute die Polen auf dem deutschen Territorium? Man kann alles Deutschland wiedergeben. Dabei können wir helfen. Beim deutschen Hafen Memel, Klaipeda, wir können dabei helfen, für Deutschland das ganze Preußen wieder herzustellen. Keiner hilft, nur wir!"<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "The European" berichtete am 1. Mai 2017: >>ARD bezeichnet Weidel als "Nazi-Schlampe"

Kaum ist der nur mit großem Polizeiaufgebot möglich gewesene AfD-Parteitag vorüber, da versuchen ARD und ZDF erneut, alles in den Dreck zu ziehen, was mit der AfD zusammenhängt. Und die Methoden werden immer übler. Zuerst schlug "Monitor" zu, bevor "Extra 3" dann einen neuen Tiefpunkt der Hetze erreichte.

Nachdem viele gehofft hatten, die Alternative für Deutschland würde sich auf ihrem Parteitag am letzten Wochenende selbst zerlegen, verlief dieser dann aber letztlich doch recht gut. Die AfD wählte Alexander Gauland und Alice Weidel zum Spitzenteam für den Bundestagswahlkampf, und in der Demoskopie geht es wieder etwas nach oben. Nun ziehen die hegemonialen Mainstream-Medien erneut alle Register, um die Partei niederzuschreiben und schlechztreden. Ein weiterer, trauriger Tiefpunkt wurde hierbei in der ARD erreicht. Zuerst fing es bei "Monitor" an, dann ging es bei "Extra 3" direkt weiter: Hetze ohne Ende und das auf teilweise aller übelste Art. Ausdrücke wie "braune Suppe", "rechts", "Fremdenfeindlichkeit" fielen in Variationen immer und immer wieder.

Hier einige weitere Zitate: *"Ich würde auch nicht vor die Tür gehen, wenn ich weiß, daß der Meuthen da rumläuft", "brauner Rauch stieg auf", "Endsieg", "Rechtsradikale von der AfD", "es hat sich sehr viel geändert, zum Beispiel hat sich schon lange keiner mehr in seinen Bunker verkrochen und seinen Schäferhund vergiftet", "Sie sprechen die Partei mit dem Herzen an und wie ist das, wenn immer nur ein Arsch antwortet?", "es herrscht blanker Haß in der Partei", "bei Alice Weidel ist rechts kein Platz mehr frei" (soll heißen: weiter rechts geht es nicht mehr), "die AfD ist wie ein Teller Chicken Wings, da gibt es auch viele Flügel, aber solange alle braun sind, ist das in Ordnung".*

Alexander Gauland, der Grandseigneur der Partei, wurde als "brauner Hetzer" und "senil" tituliert. Und dann der Höhepunkt: Dr. Alice Weidel, seit langem Mitglied des Bundesvorstandes der AfD, wurde als "Nazi-Schlampe" bezeichnet.

Ich hatte den Eindruck, das hört gar nicht mehr auf. Gefühlt ging das in beiden Sendungen zusammen mindestens 20 bis 30 Minuten, alleine bei "Extra 3" tatsächlich gestoppt über 13 Minuten non stop nur gegen die AfD, siehe ab Minute 23:22, und anschließend kam dann gleich Marine Le Pen auch noch dran.

Stigmatisierung und Diffamierung durch Konditionierung

Die Masche ist klar. Gewisse Kräfte in der Gesellschaft haben es durch jahrzehntelange Indoktrination geschafft, bestimmte Ausdrücke wie zum Beispiel "rechts" vollkommen zu diskreditieren. "Rechts" klingt inzwischen für die meisten negativ, was völlig ungewöhnlich ist, hat dieses Wort doch ursprünglich eine sehr positive Bedeutung von "den rechten Weg finden", "rechtschaffen", "Rechtsstaat", "Recht und Ordnung" usw. "Rechts" ist eigentlich eng verwandt mit "richtig" im Gegensatz zu "links", das an linkisch (ungeschickt, plump), an

"falsch" im Sinne von hintertrieben erinnert usw.

Der Stigmatisierungs- und Diffamierungs-Trick funktioniert wie folgt: Man arbeitet zunächst daran, einen Ausdruck, hier "rechts" über Jahrzehnte hin extrem negativ zu konnotieren, am besten mit schrecklichen Bildern - die meisten denken bei "rechts" heute an Hitler und den Holocaust, also die allerschlimmsten Verbrechen. Sie denken nicht an Freiheitsliebe, was in Wahrheit viel mehr mit rechts zu tun hat. Und diese negativen Assoziation werden immer und immer wieder heraufbeschworen.

Die Steigerung von "rechts" ist zunächst "rechtsgerichtet", dann "rechtsradikal" und der Superlativ der Stigmatisierung ist schließlich "Rassist" oder "Nazi". Schafft man es, jemanden als Rassist oder Nazi abzustempeln, ist er verloren. Kein Mensch hört ihm dann noch unvoreingenommen zu. Ja, so kann man Leute regelrecht zerstören.

Und genau das ist von den Akteuren, die so operieren, auch gewollt. Denn schafft man es, ein Etikett "Nazi" auf eine Flasche Wein, hier die AfD zu kleben, so wollen 80 bis 90 Prozent diesen Wein nicht mehr trinken, weigern sich strikt, die Flasche zu öffnen und auch nur einen Schluck zu probieren, egal wie der Wein in der Flasche tatsächlich schmeckt. Ihnen reicht der Anblick des Etiketts, das in ihnen ein Übelkeits-Empfinden und Angst-Gefühle evoziert, um diese auf den Wein in der Flasche zu übertragen. Sie sind dann absolut unfähig, sich davon nochmal zu lösen. Die Übertragung und Kopplung ist wie bei Pawlows Hund kaum rückgängig zu machen.

Das Etikett ist dann erfolgreich verpaßt. Die Assoziationen laufen unterhalb der Bewußtseins-Ebene: *rechts - rechtsradikal - braun - braune Suppe - eklig - Nazi - AfD - widerwärtige Partei - nicht wählbar - muß bekämpft werden - muß vernichtet werden - mit allen Mitteln - Hitler hat man damals nicht gekriegt, leider! - aber jetzt! - die sind fällig - wenn wir die jetzt leiden lassen und fertig machen, richtig fertig, dann können wir vielleicht die nie gesühnte Schuld von damals doch noch abtragen ...*

Es ging niemals wirklich um Höcke

Was gestern auffiel und das scheint mir sehr aufschlußreich zu sein: Nachdem Höcke sich selbst aus dem Schußfeld genommen hat, indem der dem Parteitag vollkommen fern blieb - das Maritim-Hotel hatte ihm wohl sogar Hausverbot erteilt -, schoß man nun gegen andere: Meuthen, Gauland und auch Weidel. Alle wurden niedergemacht. Alle!

Das ist ein Beleg für die Vermutung: Es geht und ging in Wahrheit niemals um Höcke. Wenn der weg wäre, würde man sich sofort den nächsten aussuchen und dann den gezielt abschießen. Dann den übernächsten und überübernächsten und immer so weiter. Sollten die AfD-ler auf diesen Trick reinfallen, dann müssen sie wohl damit rechnen, daß dies niemals aufhören wird. Denn sobald deren zahlreichen Feinde merken, daß sie mit dieser Strategie Erfolg haben, die eine völlig gängige Kriegsführungs-Praxis darstellt - immer einen am Rand abzuschießen und wenn der gefallen ist, den nächsten -, dann werden sie damit immer weitermachen. Und das wird niemals enden.

Einzig sinnvolle Gegenstrategie: Geschlossenheit

Wenn die AfD gut beraten ist, dann sollte sie also nicht auf all die Schlaumeier hören, die von strategischem Denken meist so viel Ahnung haben wie eine Kuh von der Käseherstellung und die meinen, wenn man Höcke und einige andere opfere, dann werde das aufhören, dann wäre man plötzlich ganz lieb zur AfD, die Diffamierungen hörten dann auf, man würde dann endlich fair berichten und die "bürgerliche Mitte" wählte dann plötzlich in Scharen die AfD. Gegen dieses gezielte Abschießen Einzelner am Rande, welcher sich dadurch natürlich immer weiter verschiebt, wird es nur eine sinnvolle Gegenstrategie geben: alles abprallen lassen. Absolute Geschlossenheit.

Man sollte sich innerhalb der Partei klar machen: die am Rand gehören dazu und schützen die anderen. Also müssen diese ihnen Rückendeckung geben, auch wenn sie eine andere Position

haben als jene. Das gehört nun mal zu einer Partei dazu, die ein gewisses Spektrum abdecken will. Und wenn die AfD eine Volkspartei werden oder sein will - das Zeug dazu hat sie allemal -, dann muß sie genau das aushalten.

Wichtig wird sein, daß alle eine gemeinsame Basis haben und bei aller Unterschiedlichkeit für den gemeinsamen Erfolg kämpfen. Die sachlichen und auch menschlichen Differenzen gilt es auszuhalten und auf faire Art und Weise auszutragen. Nach außen aber wird nur Geschlossenheit helfen können gegen diese massiven Diffamierungen und bössartigen, niveaulosen Attacken unterhalb sämtlicher Gürtellinien.

Ausblick

Die Gegner dieser Partei, die auf absehbare Zeit viel mächtiger sind und nicht nur die Medien vollkommen unter ihrer Kontrolle haben, werden alles versuchen, die AfD auseinander zu dividieren. Dabei werden sie insbesondere immer wieder versuchen, einzelne Leute rauszuschießen. Läßt die AfD sich darauf ein, wird das niemals aufhören. Denn hat der Gegner erstmal Blut geleckert, wird er das immer weiter treiben. Jetzt sind schon Meuthen und Weidel dran. Wer hätte das vor einigen Wochen oder Monaten gedacht?

Vielleicht ein kleiner Trost für die AfD und ihre Anhänger: Auf lange Sicht setzt sich die Wahrheit fast immer durch. Manchmal dauert es nur schrecklich lange. Das antidemokratische, faschistoide Parteien-Kartell wird sich auf Dauer nicht durchsetzen. Die Leute sind zwar meist ein bißchen blöd, die meisten aber nicht völlig. Immer mehr werden merken, was hier abläuft. Die Parole der AfD könnte also lauten: durchhalten und strategisch denken. Das wird ein langer Kampf, der aber durchaus zu gewinnen ist.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):

>>Liebet eure Feinde - aber bitte nicht die AfD

Mit unversöhnlichem Haß reagieren die Kirchenoberen auf die neue Partei, dabei findet sie gerade unter Christen viele Anhänger

Der evangelische Kirchentag in Berlin und Wittenberg vom 24. bis 28. Mai ist keine Ausnahme: Die Vertreter der AfD werden weitgehend ausgegrenzt, die Partei als unchristlich verdammt. Nichts könnte falscher sein.

Jeder Event, jedes Festival hat seinen Star. Der Deutsche Evangelische Kirchentag auch. 2003, beim ökumenischen Großtreffen in Berlin, war es der Dalai Lama. In diesem Jahr, wieder in der Bundeshauptstadt und mitten im Luther-Gedenken, wird Barack Obama der Publikumsmagnet sein. Der ehemalige US-Präsident, Mitglied der United Church of Christ, will am 25. Mai am Brandenburger Tor mit Bundeskanzlerin Angela Merkel diskutieren. Das eher profane Thema: "Engagiert Demokratie gestalten - Zuhause und in der Welt Verantwortung übernehmen."

Das kommt längst nicht bei allen gut an. "Reine Politshow", sagt der ZDF-Moderator und evangelikale Bestsellerautor Peter Hahne: "Warum spricht Obama nicht mit jungen Christen über Jesus, Glauben, Bibel, Luther?" Die Antwort, das weiß der ehemalige EKD-Synodale Hahne nur zu gut, liegt auf der Hand: Weil sich in der zerklüfteten Kirche der Reformation weithin Sprachlosigkeit in Glaubensdingen ausgebreitet hat. Politik sticht Theologie aus. Wie sagte der damalige Ratsvorsitzende Manfred Kock 1998 auf der Synode im westfälischen Münster: "Wir trauen der christlichen Botschaft nicht zu, die Ohren und Herzen der Zeitgenossen zu erreichen und stürzen uns deshalb auf die aktuellen Fragen, von denen in der Öffentlichkeit die Rede ist." Es sei ein Irrglaube anzunehmen, die Kirche würde dadurch mehr Aufmerksamkeit erreichen.

Das sieht, von eher liberaler Warte her, Friedrich Wilhelm Graf ähnlich. Graf ist emeritierter evangelischer Theologieprofessor. Er hat über Jahrzehnte das öffentliche Gebaren von "Gottes Bodenpersonal" verfolgt. Seine Beobachtungen faßte er in einem Katalog von "Kardinal-Untugenden" protestantischer und auch katholischer Amtsträger zusammen. Graf rügte den

"autoritären, oft auch besserwisserischen Habitus, mit dem manche Bischöfe in den öffentlichen politischen Streit intervenieren".

Als sein schmales Bändchen "Kirchendämmerung" 2011 erschien, war noch nicht von der AfD die Rede. Doch läßt sich mit Grafs Befund haargenau die Selbstherrlichkeit belegen, mit der Repräsentanten der Amtskirchen der noch relativ jungen Partei begegnen. Zum 36. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin und Wittenberg, einem Großereignis im Luther-Jahr unter dem etwas schlichten Motto "Du siehst mich", bei dem etablierte Parteien in Gruppenstärke Schau laufen, hat man halbherzig und erst nach einigen verbalen Verrenkungen eine (!) AfD-Vertreterin zu einem Streitgespräch mit dem Berliner Bischof Markus Dröge eingeladen: Anette Schultner, Sprecherin der Bundesvereinigung "Christen in der AfD".

Selbst gegen diese Mini-Vertretung regte sich Widerstand. Die Kirchentagsleitung wurde massenhaft mit Petitionen eingedeckt, die Zulassung wieder zurückzunehmen. Immerhin: Es bleibt dabei. Die Dame wird es freilich nicht leicht haben. Der geplante Disput ist Teil des, man staune, Schwerpunktprogramms "Reiz und Risiko von Verschwörungstheorien" und "Wiederkehr des völkischen Denkens".

Wie immer man zu dieser kleinen Lösung stehen mag: Die Protestanten machen etwas, was die katholischen Geschwister, genauer: die Leitung des 100. Deutschen Katholikentages 2016 in Leipzig abgelehnt hatte. Der kategorische Ausschluß der AfD von den Podien dieses Laientreffens wurde in der öffentlichen Wahrnehmung zur eigentlichen Botschaft aus der Messestadt an der Pleiße. Es hatte durchaus Warnungen vor einer "Ausschließeritis" gegeben. Durchgesetzt hat sich aber dann das (was für ein martialisches Wort) Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK).

Dabei war man, und das gilt für beide Konfessionen, stets stolz auf die "gesellschaftlichen Labore", wie die großen Christentreffen genannt wurden. Es konnten neue, auch unbequeme, radikale Positionen diskutiert werden. In Leipzig hingegen blieben die Menschen mit der politisch korrekten Gesinnung unter sich. Das ging selbst dem Chef der Katholischen Nachrichten-Agentur, Ludwig Ring-Eifel gegen den Strich. Zweifelnd fragte er in seinem Kommentar "Ob das eine freie Gesellschaft weiterbringt?"

Der schroffe Umgang der ZdK-Spitze mit der AfD hat einen sachlichen Diskurs über die Flüchtlingsfrage verhindert. Beide Seiten verhedderten sich in Polemik. Von AfD-Seite wurde die Kirche als "Asylindustrieverband", der das Gespräch mit der Partei wegen der Angst vor "Geschäftsschädigung" ablehne, geschmäht. Die Bischofskonferenz antwortete: "Gequatsche". Und während des jüngsten Bundesparteitages der AfD in Köln lud die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) zu Veranstaltungen unter dem anzüglichen Motto "Unser Kreuz hat keine Haken" ein. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" kommentierte: "Kirchen sind weder Verfassungsschutz noch politische Parteien noch öffentliche Hygieneanstalten."

Das begreift die Basis besser als die Spitze: Es geht ein Riß durch die Kirchen. Die Herde folgt nicht unbedingt ihren Hirten. 15 Prozent der Katholiken würden der AfD ihre Stimme geben, hat das Erfurter Meinungsforschungsinstitut Insa herausgefunden. Am Umgang mit dem Asylproblem scheiden sich die Geister. Vielen als konservativ bezeichneten Christen stößt bitter auf, daß Kirchenleiter, was die Aufnahme von Asylbewerbern und Zuwanderern angeht, keinen Unterschied zwischen den Religionen und Konfessionen machen. "Sind wir schon soweit, daß wir aus Gründen der Politischen Korrektheit die Mahnung des Apostels Paulus vergessen haben?", meldete sich im Internet ein katholischer Philosophieprofessor zu Wort. "Helft zuerst Euren Brüdern", lautet die Forderung des Apostels.

Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry, eine Protestantin, hat Anfang des Jahres in einem Streitgespräch mit dem rheinischen Präses Manfred Rakowski den Kirchen vorgehalten: "Wer für unsere Situation das Gleichnis vom barmherzigen Samariter heranzieht, vergewaltigt biblisches Wissen." Der Kirche gehe das Bewußtsein dafür verloren, daß Barmherzigkeit und To-

leranz gegenüber Fremden nur möglich seien, wenn der Rechtsstaat funktioniere, also kein "Staatsversagen" vorliege.

Die EKD schwingt die Keule gegen jeden, der Barmherzigkeit anders buchstabiert als die Apologeten einer naiven "Willkommenskultur". In Einzelfällen mag das berechtigt sein. Wenn allerdings Kritik an der Zuwanderung und der Ruf nach einer "Willkommenskultur für einheimischen Nachwuchs" pauschal als unchristlich verdammt werden, überdehnt die Kirche das von ihr reklamierte gesellschaftliche Wächteramt.

Vor dem Kirchentag in Berlin und in der Lutherstadt Wittenberg lohnt sich ein Blick auf die politische Szene in Sachsen-Anhalt. Gottfried Backhaus ist Landtagsabgeordneter und Gründungsmitglied der "Christen in der AfD". Die Kirchen, sagt er, agierten wie rot-grüne Arbeitskreise, sie grenzten Andersdenkende in ihren Gemeinden aus: "Man will gar nicht reden. Mir ist fast die Zeit zu schade, immer und immer wieder den Austausch zu suchen." Dabei ist seine Partei diejenige, die in jüngster Zeit "klare Kante" in ethischen Fragen gezeigt hat.

Man muß sie ja nicht mögen, aber man sollte nicht darüber hinweg sehen: Entschiedener als andere, etwa SPD, Grüne und FDP, die selbstverständlich bei Kirchentagen gern gesehen sind, hat sich die AfD klar für den Lebensschutz eingesetzt. Sie bekennt sich zur Ehe als einer Verbindung von Mann und Frau, offen für Kinder. Sie tritt der - von der EKD gepflegten - modernistischen Gender-Ideologie, für die vor Jahren im hessischen Gelnhausen ein eigenes Studienzentrum eingerichtet worden war, entgegen.

Zum Christentreffen in Berlin und Wittenberg hat die von Bischof Dröge geleitete Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg und der schlesischen Oberlausitz ein besonderes Event geplant: eine "Trauung für alle". Auf der Facebookseite des Kirchentages beschrieb eine Teilnehmerin ihre Erwartungen: "Ich freue mich besonders auf die Trauung homosexueller Paare." Ein anderer Forumsteilnehmer konterte kurz und knapp: "Abscheulich, was dieser 'Kirchentag' hier veranstaltet." <<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):

>> **Inquisition**

Erschütterndes hat sich im französischen Illkirch, Standort des unter Terrorverdacht stehenden Bundeswehroffiziers Franco A., ereignet, wurden in der Kaserne doch "Hinweise auf rechtes und völkisches Gedankengut" gefunden, wie die Bundeswehr mitteilte. Konkret geht es um ein Gewehrgehäuse, in das ein Hakenkreuz eingeritzt ist.

So etwas zu tun, ist zweifellos dumm und geschmacklos, aber nicht unbedingt ein Hinweis auf eine rechtsextremistische Gesinnung. Außerdem entdeckten die Ermittler in einer Toilette eine Kritzelei, die "H ... H" heißen könnte. Und das kann selbstverständlich für nichts anderes als für "Heil Hitler" stehen. Oder auch nicht, denn die Ermittler mußten zugeben, daß es auch "H ... J" heißen könnte. Ganz schlimm ist aber, daß in einigen Räumen "Devotionalien der Wehrmacht" wie die gerahmte Abbildung eines Wehrmachtsoldaten in einem Aufenthaltsraum zu finden waren.

Letzteres hat sogleich Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf den Plan gerufen. Die will jetzt das Traditionsverständnis in der Bundeswehr überprüfen. Bei einem Besuch in Illkirch erklärte sie, die Wehrmacht dürfe "in keiner Form traditionsstiftend für die Bundeswehr" sein. Einzige Ausnahme seien "einige herausragende Einzeltaten im Widerstand". Ansonsten habe die Wehrmacht "nichts mit der Bundeswehr gemein". Daß sie dafür aus den Reihen der Bundeswehr keinen Widerspruch erntet, versteht sich von selbst.

Was aber mag ihr Amtsvorgänger und Kabinettskollege Thomas de Maizière davon halten? Immerhin war dessen Vater Generalstabsoffizier eben dieser Wehrmacht und später mit zehntausenden anderen ehemaligen Wehrmachtsoldaten am Aufbau der Bundeswehr beteiligt, in der er sogar zum Generalinspekteur aufstieg. Und das ganz ohne jegliche Widerstandsmeriten.

Es ist eine für uns Deutsche schmerzliche historische Tatsache, daß die Wehrmacht auch ein Instrument des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges war. Dementsprechend war ein Teil ihrer Angehörigen an Verbrechen beteiligt.

Die allermeisten Soldaten haben jedoch in tadelloser Haltung ihren Dienst versehen und ritterlich gekämpft. Ein Pauschalurteil über nicht weniger als 19 Millionen Menschen, die in der Wehrmacht gedient haben, verbietet sich.

Wie gut, daß sich die Ministerin bei ihrem Gesinnungs-Feldzug auf gehorsame Inquisitoren wie Generalmajor Bernd Schütt, Kommandeur der 10. Panzerdivision, verlassen kann. Angehörige seiner Division berichten aus verschiedenen Standorten übereinstimmend, daß auf seinen Befehl Ende vergangener Woche sämtliche Kasernenräume durchsucht, "verdächtige" Materialien fotografiert, dokumentiert und die Soldaten, denen solche Materialien zugeordnet werden konnten, erfaßt wurden.

In der Wehrmacht gab es die Funktion des "Nationalsozialistischen Führungsoffiziers", der für die weltanschauliche Zuverlässigkeit der Truppe zu sorgen hatte. Darüber, wie diese Funktion in der Bundeswehr heißen soll, ist noch nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Aber offensichtlich haben die Wehrmacht und die Bundeswehr eben doch mehr gemein, als die Chef-Inquisitorin von der Leyen glaubt.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Juni 2017 (x892/...): >>**Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt**

Buchbesprechung Josef Kraus:

Gleich vorab: der Mann weiß, wovon er spricht, und das sagt er seit langem schon laut und deutlich nicht nur in einer großen Zahl von Artikeln, in Talk-Shows und in Büchern. Josef Kraus ist kein Schreibtisch-Pädagoge, sondern ein Mann der Praxis, den es von Pult, Lehrerzimmer und Verbandsarbeit an die Front außerhalb der Schule getrieben hat. Und er bringt so manchen Pädagogik-Apparatschik mächtig ins Schwitzen: jetzt wieder mit seinem neuen Buch.

Wer ihn auf dem 9. Civitas-Kongreß im vergangenen Jahr in Bonn erlebt hat, der weiß, wie punktgenau und kompetent Kraus seine Argumente, seine Analysen und Warnungen anbringt. Und so wird die Lektüre von "Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt" dann auch zu einem eher bedrückenden Erlebnis, zu einer Pädagogik-Tour der im Endeffekt depressiven Art, weil sie einem jegliche Illusion über das Bestehende nimmt.

Deutschland hatte ein weltweit angesehenes, effektives Bildungssystem, in dem jeder nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten optimal gefördert wurde. Derart geförderte Begabungen waren letztlich auch zum Vorteil für den fördernden Staat, konnte er doch so auf bestens ausgebildete Kräfte zurückgreifen. Die höchst beeindruckenden Leistungen Deutschlands auf allen Gebieten, die enorm hohe Zahl an Nobelpreisen in den verschiedensten Disziplinen, die Wissenschaftler anderer Nationen, die weltweit eifrig deutsch als führende Wissenschaftssprache büffelten: all das ist so lange her, so lange her - genauer gesagt: es war in der "Kaiserzeit", vor allem unter dem aus durchsichtigsten Motiven von den Gegnern bzw. Konkurrenten geschmähten Wilhelm II. Es war ein Erbe, von dem noch weit über 60 Jahre später gezehrt werden konnte.

"Und was Eltern jetzt wissen müssen" ist der zweite Teil des Buchtitels. Was mit den Kindern und Jugendlichen im Schulsystem der BRD heute geschieht, wie katastrophal die Zustände sind, das zeigt Kraus detailliert, sauber belegt und messerscharf analysiert. Wer immer noch glaubt, das Schulsystem der BRD sei zumindest in einigen Ländern der BRD noch leistungsfähig, der wird sehr schnell und durchaus unsanft auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt, und der Aufprall wird nicht schmerzfreier, wenn man weiß, daß es anderswo in Europa und der Welt noch weitaus schlimmer ist.

Jahrzehnte sozialistischer Menschenversuche auch und vor allem an den Schulen, die Ori-

entierung des BRD-Schulsystems an unterlegenen Ausbildungsgängen wie z.B. dem Bachelor (was eigentlich Abiturient bedeutet), dem Master, das Abitur schon fast als Rechtsanspruch und notfalls auf dem Gnadenweg: wer all das als Grund für den deutlich sichtbaren Niedergang unserer Bildung sieht, der wird hier bestätigt. Wer das immer noch nicht sieht, braucht dieses Buch (ebenso wie die anderen Veröffentlichungen von Josef Kraus) dringend als Einordnung auf die Realität.

Daß die Kritik nicht um der Kritik Willen, nicht um des bloßen Aufzeigens von argen Mißständen stattfindet, zeigt ein Aufsatz in der sehr empfehlenswerten Zeitschrift "Mut" (Ausgabe April 2017), in dem Kraus unter dem Titel "Europa zwischen Leitkultur oder Kultur light" seine weite Sicht über unsere Kultur und deren Gefährdung darlegt - es ist ja nicht nur das Schulsystem, das in unserem Europa immer mehr darniederliegt.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um das Überleben dieser unserer wunderbaren und großen Kultur. Wenn dafür nicht mehr in der Schule die Grundlage gelegt wird, dann ist diese Kultur verloren. Und da sieht es - eben! - ziemlich übel aus. Und doch: das Schlußkapitel heißt "Was Eltern trotz allem tun können", und es zeigt, daß "trotz allem" noch gehandelt werden kann. Wir dürfen "denen" das Feld nicht überlassen. Nirgendwo.

Josef Kraus: Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt und was Eltern jetzt wissen müssen. 267 S.; München (Herbig) 2017 ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Juni 2017 (x892/...): >>**Ostdeutsche Bischöfe gegen Wahl der AfD**

Wie sehr die deutschen Bischöfe inzwischen zu Propagandisten des linken deutschen Mainstreams und Teil des Establishments geworden sind, zeigt eine soeben veröffentlichte sogenannte "sozialethische Expertise" im Auftrag der Bischöfe der östlichen Bundesländer. Wir wollen als Civitas Institut nicht die AfD verteidigen oder zu deren Wahl aufrufen, aber was die deutschen Bischöfe in den letzten Monaten in Bezug zur AfD von sich gegeben haben, ist nicht nur extrem ungerecht, sondern schlicht linksideologisches dummes Geschwätz.

Wenn sich die Bischöfe bereits anmaßen, in den Wahlkampf einzugreifen, und die Frage stellen, ob ein Katholik eine bestimmte Partei wählen darf, dann müßte man dies auch in Bezug auf die postkommunistische "Linke", die radikalsozialistischen "Grünen" oder die linkssozialistische SPD sowie die CDU tun. Doch davon keine Spur. Die deutschen Bischöfe arbeiten mit Spitzenvertretern dieser radikal antikatholischen Parteien, die die katholische Soziallehre und das Naturrecht seit Jahrzehnten auf den Kopf stellen und die schlimmsten menschen- und gottesfeindlichen Gesetze erlassen haben, einträchtig zusammen. Wie sollte es auch anders sein. Längst gehören diese Bischöfe - von Gott ernannte Hirten für ihre Gläubigen, die sie mehr und mehr verraten - zum Establishment.

Was das Establishment ist, sagt der Sohn des namhaften Publizisten Joachim Fest, Nicolaus Fest, der in diesem Jahr als Kandidat der AfD für den Bundestag kandidiert in einem Interview mit Katrin Krips-Schmidt für "Die Tagespost" am heutigen Samstag:

"Establishment bezeichnet längst keine soziale Klasse mehr, sondern eine moralische, nämlich die der Verkommenheit - also Leute, die auf Kosten der Gemeinschaft rücksichtslos ihre eigenen Interessen durchsetzen, sowie ihre Claqueure und Herolde. Konkret: Viele Banker und Manager, für deren Fehlentscheidungen der Steuerzahler aufkommen mußte; dann die EU-Nomenklatura mit ihrer skandalösen Selbstversorgung, sowie die Vertreter parasitärer Wirtschaftszweige, wie Windenergie und Sozialdienste; schließlich die meisten Journalisten. Und es gehören auch alle diejenigen dazu, die Politik vor allem dazu nutzen, um höchst-dotierte Jobs zu ergattern - bei der Bahn, bei Mercedes, VW, den Energieunternehmen und Lobbyverbänden. Da gibt es viele Beispiele. Ob auch Kirchenvertreter dazugehören, muß jeder selbst entscheiden."

Das Interview mit Nicolaus Fest ist übrigens lesenswert, wenn es auch einen stark propa-

gandistischen Anstrich hat. Es ist leider derzeit nicht online verfügbar.

Zur Verteidigung des katholischen Glaubens, der katholischen Soziallehre und des Naturrechts können wir Laien uns schon lange nicht mehr auf unsere Bischöfe verlassen. Im Gegenteil: sie gehören zu denen, die diese Grundlagen unseres Staates und des Grundgesetzes mithelfen zu zerstören. Es wird Zeit, daß wir diese Aufgaben selbst in die Hand nehmen, um Christus in Staat und Gesellschaft zu verteidigen.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Juni 2017 (x892/...): >>**So sollen unsere Kinder und Enkel verdorben werden**

Sie dringen nur selten in die Öffentlichkeit, und noch seltener finden sie die Beachtung, die sie unbedingt finden müssen: die Pläne der rotgrünen (und manchmal auch schwarzen) Kinderverderber, die sich in unseren Kindertagesstätten ("Kitas") und Schulen an unseren Kindern und Enkeln vergreifen. Überall in der BRD. Hier ein (relativ "frühes") Beispiel aus jenem tiefroten Hamburg, das in jeder Hinsicht darunter leidet, immer wieder falsch zu wählen:

Mit welchen Inhalten Kinder konfrontiert werden (sollen), wie systematisch die natürliche kindliche Scham abgebaut wird, wie widerstrebende Kinder zum "Mitmachen" gebracht werden und, nicht zuletzt, wie man besorgte Eltern am besten runterbügelt, das alles und noch viel mehr findet sich in dieser offiziellen Broschüre.

Es ist dies die "Dokumentation einer Fachtagung" zum Thema frühkindliche Sexualerziehung aus dem Jahr 2005 (!!! - so lange und länger geht das schon!). Mit offiziellen Grußworten und kompletten Anleitungen. ...

Und es ist an den Eltern, nicht weiter blind ihre Kinder solchen Verderbern anzuvertrauen, sondern mutig, geschlossen und zahlreich dagegen vorzugehen und diejenigen zu unterstützen, die das bereits tun. Die richtige Schulwahl für ihre Kinder ist eine der wichtigsten Aufgaben der Eltern - sie in erster Linie sind verantwortlich für deren seelisches und körperliches Wohl!

Übrigens - in diesem Zusammenhang: wo waren Sie am 25. Juni, als in Wiesbaden genau dagegen demonstriert wurde, daß unsere Kinder solches in den "Kitas", an den Schulen erleben müssen bzw. sollen? Sie waren dabei? Gut! Sie waren nicht dabei? Nein? Na, dann aber das nächste Mal. Es geht um alles!<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 30. Juni 2017 (x892/...): >>**"Ehe" im Bundestag 30.06.2017: Abschied in Rekordgeschwindigkeit**

Da soll doch noch jemand sagen, in der BRD werde nicht schnell und zielorientiert gearbeitet ... Innerhalb kürzester Zeit hat sich heute das BRD-Parlament aus Wertvorstellungen verabschiedet, die immer Grundlage des Zusammenlebens waren. Spätere Zeiten werden den heutigen Tag als denjenigen benennen, an dem der Bruch mit dem Naturrecht, dem BRD-Grundgesetz und unserer bisherigen Zivilisation vollzogen wurde.

Wir wollen unsererseits an dieser Stelle auf den erstaunlichen Zeitplan aufmerksam machen, der viel über die ganze Angelegenheit aussagt:

Heute morgen um **8.00 Uhr** wurde der Punkt der gleichgeschlechtlichen "Ehe" auf die Tagesordnung gesetzt.

Um **8.05** wurde das Gesetz den Abgeordneten bekanntgemacht bzw. vorgestellt.

Die Abstimmung begann um **8.59** Uhr.

Um **9.03** war der Gesetzesvorschlag "durch". 393 Abgeordnete stimmten dafür, 224 dagegen und 6 enthielten sich der Stimme.

In der Presse findet sich, die Vorsitzende der "CDU und Kanzlerin der BRD Frau Dr. rer. nat. Angela Merkel habe gegen das Gesetz gestimmt, gegen das sie den immer angekündigten Widerstand aufgegeben hat. ... Besonders wichtig zu wissen: Generalsekretär Peter Tauber stimmte mit ja zur Abschaffung der Ehe!

... Nicht abgegebene Stimmen aus der Union: Peter Beyer, Marlene Mortler, Volker Mosblech, Matthäus Strebl, Oswin Veith.

Enthaltungen aus der Union: Uda Heller, Silke Launert, Albert Weiler, Elisabeth Winkelmeier-Becker. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juni 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/60-62): >>**Die Deutschland-Abschaffer**

_ von Martin Müller-Mertens

Der Haß auf das eigene Volk gehört zur politischen DNA der Grünen. Ihre Ziele: Mehr Einwanderung, mehr Einbürgerungen und freie Bahn für Migrantengewalt.

Claudia Roth ist die Oma der Antideutschen. Unvergessen ihr Ausspruch in einer Talkshow 2004: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut." Die gescheiterte Kulturstudentin und langjährige Managerin der Anarcho-Kultband Ton, Steine, Scherben hat nie durch intellektuelle Ausarbeitungen von sich reden gemacht, aber zielsicher und oft tränenreich den Zeitgeist an der Schnittstelle von Prosecco-Autonomem und Bionade-Bourgeoisie getroffen: Ein Herz für afrikanische Flüchtlinge, hoch die internationale Solidarität und ihr Evergreen "Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!" So rotiert sie seit 25 Jahren von einem gutdotierten Grünenposten zum nächsten.

Haß 1989, Pleite 1990

... Mit "Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter" zogen die Grünen im Herbst 1990 in den Wahlkampf für den ersten gesamtdeutschen Bundestag. Ihr Anliegen: Statt über die ungeliebte Wiedervereinigung wollte die Partei über Umweltzerstörung und sauren Regen sprechen. Doch die demonstrativ zur Schau gestellte Gleichgültigkeit über das Ende der Teilung verfehlte in Westdeutschland mit nur 4,8 Prozent ihr Ziel. Dagegen konnte die ostdeutsche Partnerorganisation Bündnis 90 - die Deutschen votierten 1990 einmalig in zwei getrennten Wahlgebieten - von mageren 2,9 Prozent bei den Volkskammerwahlen im März auf 6,1 Prozent zulegen. Die erst drei Jahre später in den Grünen aufgegangene Bürgerbewegung hatte die Wetter-Parole nicht übernommen.

Wohl kaum ein Thema löst bei den Grünen eine solche Mischung aus emotionalem Haß und pseudointellektueller Verachtung aus wie das eigene Land. Dabei markiert die Wiedervereinigung keineswegs den Beginn, sondern einen ersten Höhepunkt antideutscher Ausbrüche. "Für einen Gutteil der Westlinken war die deutsche Teilung die gerechte Strafe für Nationalsozialismus und Krieg und zugleich eine Vorkehrung gegen eine Wiederkehr der Gespenster der Vergangenheit", schrieb Ralf Fücks, 1989 bis 1990 einer von drei Grünen-Vorsitzenden und an der Vorbereitung des Wetter-Wahlkampfes unmittelbar beteiligt. Hinzu kamen äußerst eigennützige Überlegungen. "Die politische und kulturelle Dominanz der Toskana-Linken war in Gefahr."

Die Furcht vor einem erwachenden deutschen Nationalismus mochte 1990 einer zumindest subjektiv empfundenen Rationalität entsprechen. Tatsächlich erwies sich weder die vergrößerte Bonner noch die spätere Berliner Republik als das herbeihalluzinierte Vierte Reich. Statt den eigenen Irrweg zu korrigieren, steigerten die Grünen - wie praktisch die gesamte politische Linke - ihr Antideutschtum jedoch zu einem pathologischen Haß.

Insbesondere der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir - im Falle einer Regierungsbeteiligung vermutlich Vizekanzler - tat sich wiederholt mit rüden Ausbrüchen hervor. Seinen 2009 im Berliner Tagesspiegel wiedergegebenen Satz "In zwanzig Jahren haben wir eine grüne Bundeskanzlerin, und ich berate die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt", bestätigte der heute 51-Jährige mittlerweile, will ihn jedoch ironisch gemeint haben. Die Worte "Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!" verharmlost Özdemir auch im Rückblick als unspektakulär.

Das Staatsbürgerschaftsmärchen

Die Strategie der Grünen hat sich dabei über die Jahrzehnte kaum verändert: Die eigenen Wünsche werden gebetsmühlenartig als Realitäten halluziniert, um anschließend die angeblich notwendigen Konsequenzen anzumahnen. "Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht", behauptete Claudia Roth, damals Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, im November 2004. Rund sechs Wochen vorher hatte sie mit der Erkenntnis brilliert: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wiederaufgebaut".

Im Zentrum der Multikulti-Forderungen stand dabei lange das Staatsangehörigkeitsrecht. Bis zum Jahr 2000 basierte es - mehrfach angepaßt - auf dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 und sah die Abstammung als entscheidendes Kriterium vor.

Im Gegensatz dazu forderten die Grünen nach ihrer Regierungsbeteiligung 1998 die automatische Einbürgerung von in Deutschland geborenen Ausländerkindern. "Wer hier geboren wurde, sollte Deutscher sein", faßte Jürgen Trittin, unter Rot-Grün Bundesumweltminister, noch 2016 in einem Gastbeitrag für den Spiegel zusammen und behauptete: "Deutschland schloß zu den europäischen Standards eines republikanischen Staatsbürgerschaftsrechts auf."

Dabei müßte Trittin wissen, daß dieses zentrale Argument schlicht falsch ist. "Es gibt EU-weit keinen einzigen Fall, wo diese Bestimmung (das Geburtsprinzip)bedingungslos zur Geltung kommt", räumt selbst die migrationsfreundliche Medien-Service-Stelle Neue Österreicher/innen ein. Mehr noch: "In neun Staaten (Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Schweden, der Slowakei und Zypern) wird das Territorialprinzip weder in allgemeiner Form noch als fördernder Faktor zum Staatsbürgerschaftserwerb herangezogen."

Köln? Nicht so schlimm

Das Bild des Ausländers als edlem Bereicherer darf dabei durch nichts gestört werden. So deuteten die Grünen die Belästigungssorgie durch Flüchtlinge und Migrantenbanden in der Kölner Silvesternacht 2015/16 routiniert zu einem Fall gewöhnlicher sexistischer Männergewalt um. "Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger", fabulierte der Hamburger Partei-Vize Michael Gwosdz auf Facebook. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth war ebenfalls umgehend zur Stelle, um das Wüten des Sexmobs zu relativieren. "Es gibt auch im Karneval oder auf dem Oktoberfest immer wieder sexualisierte Gewalt gegen Frauen", verkündete sie am 8. Januar 2016 in der Welt.

Statt um die belästigten Frauen sorgten sich auch die Grünen in der Domstadt nun vor allem um den vermeintlich guten Ruf der an den Rhein geströmten Asylanten. "Es ist hingegen unerheblich, welche Herkunft die Täter haben. ... Daher treten wir all denjenigen entgegen, die nun diese Übergriffe zur Hetze gegen hier lebende Flüchtlinge mißbrauchen wollen", hieß es in einer Erklärung der Kölner Ratsfraktion vom 5. Januar 2016.

"Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger."

Michael Gwosdz

Selbst die - seit der Asyllawine vielfach bekannt gewordenen - Kinderehen möchten die Grünen nicht pauschal ablehnen. Zwar gab sich die Partei in der Debatte - womöglich aufgrund der eigenen Vergangenheit mit Pädophilen - vergleichsweise einsilbig. Eine Presseerklärung aus der Bundestagsfraktion im September 2016 machte jedoch deutlich: "Das Problem von Kinderehen läßt sich bei näherer Betrachtung kaum durch einen Federstrich des Gesetzgebers lösen. ... Die Aufhebung einer Ehe auf Antrag eines Dritten oder des Jugendamtes gegen den tatsächlichen Willen der verheirateten Jugendlichen wäre allerdings ein schwerer Eingriff in deren Persönlichkeitsrechte." <<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 7. Juli 2017: >>**Die Goldene Hof-trompete für den Monat Juni geht an: DIE WELT**

"Massenmedien haben die Aufgabe, die Öffentlichkeit zu informieren und Entscheidungsträ-

gern die öffentliche Meinung kundzutun. Darüber hinaus wirken sie durch Kontrolle und Kritik an der Meinungsbildung mit", schreibt die Bundeszentrale für politische Bildung.

Schöne Worte! Denn von "Kontrolle" und "Kritik" ist in unseren Medien kaum etwas zu lesen - vor allem nicht, wenn es um die Politik der Bundesregierung geht.

Um die Medien an ihre eigentliche Aufgabe zu erinnern, verleiht der Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten monatlich an besonders regierungsfreundliche Medien, Verbände oder sonstige Meinungsbildner die "Goldene Hoftrompete für besonders willfährige Regierungsberichterstattung".

Dieses Mal geht die Goldene Hoftrompete an Ulf Poschardt, Chefredakteur 'Die Welt', für seinen Artikel "Angela Merkel ist endlich da, wo sie stets sein wollte" (Die Welt, 29.5.17). Denn was Diederich Heßling für Kaiser Wilhelm, das ist Ulf Poschardt für die Bundeskanzlerin. Wie der "Untertan" in der legendären Verfilmung von Heinrich Manns Roman rennt er mit allzeit bereitem Enthusiasmus neben der Kutsche der angebeteten Herrscherin her, schwenkt unverdrossen seinen Hut und schreit "Hurra!" Und das schon seit vielen Jahren - Ulf Poschardt ist ein echter Wiederholungstäter.

Mit dieser Jubelarie feiert er Angela Merkel als "inoffizielle Führerin der freien Welt" und "Ikone des Westens". Vor Merkels "Aura" verblassen glatt amerikanisch-russisch-britische Leichtgewichte wie Donald Trump, Wladimir Putin und Theresa May. Damit schießt er den Vogel ab. Angela Merkel als "archimedischer Punkt der liberalen Demokratie", um den "Politpopstars" wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und der kanadische Premier Justin Trudeau sich balzend drängeln? Eine Hoftrompete allein reicht da gar nicht.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 7. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>>Denk ich an Deutschland in der Nacht ...

"... dann bin ich um den Schlaf gebracht". So seufzte Heinrich Heine vor über 150 Jahren aus Paris in einem Brief an die geliebte Mutter im fernen Düsseldorf. Ich würde meiner Mutter heute schreiben: "... dann höre ich, wie Merkel lacht!" Heine mußte aus Deutschland fliehen, weil er Fürsten, Adel und Kirche kritisierte. Er wollte Demokratie und Gerechtigkeit. Ich würde am liebsten aus Deutschland fliehen, weil eine Frau zwar Fünfjahrespläne erfüllen gelernt hat, aber Deutschland gerade abgeschafft hat.

Wider besseres Wissen (?) ließ sie zu ...

daß ein ewig mißmutiger Schwabe den ewigen Schuldenmachern in Griechenland seit Jahren Milliarden Euros auf den Ouzo-Tisch schob und gerade wieder schiebt. Was sollte Merkel auch groß dazu sagen? Von Geld hat sie schon immer nie Ahnung gehabt; im Osten gab's nur "Alu", im Westen kassierte sie "plötzlich und unerwartet", ohne je einen Finger zu rühren, Staatsknete wie Lotto. Was also wird sie schon groß gedacht haben? Mir doch egal!

Wider besseres Wissen (?) ließ sie zu ...

daß unter frenetischem Jubel von Rot und Grün "endlich" die Kernkraftwerke in Deutschland abschalten mußten. Natürlich wußte sie, daß in Fukushima kein einziger Mensch durch irgend etwas "Verseuchtes" zu Tode gekommen war. Und sagte trotzdem "Ausstieg". Und so blechen die Deutschen heute immer mehr Millionen für eine Sonne, die trotz Klimaerwärmung nicht genug scheint. Für Windräder, die trotz Wind stillstehen, weil die Stromleitungen fehlen. Und damit wir nicht erfrieren, kaufen wir den teuren Atomstrom beim Nachbarn - verbrennen wieder Kohle - säen, ernten und verbrennen Raps und Mais für teuren "Bio-Sprit". Was Merkel in der Staatskarosse denkt: Mir doch egal!

Wider besseres Wissen (?)

öffnete sie im September 2015 angeblich "alternativlos" Deutschlands Grenzen, breitete die molligen Ärmchen aus: Kommt her zu mir, die ihr müßig und mit leerem Magen seid - ich will euch erquicken! Die Plüsch-Teddys flogen, Muttchen machte Selfies für's globale Fotoalbum. Germoney, for ever! Als es nach nur sechs Monaten schon eine Million war (und im-

mer mehr wurden), muckte sie trotzig im kleinen Kreis: Mir doch egal!

Deutsche Grenz-Gesetze? Gebrochen. EU-Einreise-Gesetze? Gebrochen. Ihren Amtseid? Gebrochen. Und seitdem arbeiten die Deutschen für "Flüchtlinge", die keine sind. Und Merkel kaut seelenruhig weiter Fingernägel... Und Politiker von Schwarz über Rot bis Grün hämmern denen, die schon länger hier leben, weiter ein, daß sie ja kuschen sollen. Sonst kommen die Mainstream-Medien mit dem Nazi-Pranger.

Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann höre ich, wie Merkel lacht ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Juli 2017 (x892/...): >>"Was alles mit Linkssein nicht zu tun hat"

"Was alles mit Linkssein nichts zu tun hat:

Haß.

Hetze.

Gewalt.

Indymedia.

Steinewerfen.

Autos anzünden.

Molotow-Cocktails.

Molotow.

Lenin.

Stalin.

Beria.

Jeschow.

Jagoda.

Die Oktoberrevolution.

Die Tschistka.

Der Holodomor.

Robespierre.

Guillotine.

Vendee.

Der Realsozialismus.

Der Nationalsozialismus.

Die DDR.

Honecker.

Ceausescu.

Die Stasi.

Mao.

Die Kulturrevolution.

Der Große Sprung nach vorn.

Die Roten Khmer.

Killing fields, Venezuela.

Kuba.

Che Guevara.

Kim I. bis III. und evtl. IV.

Die RAF.

Unterdrückung des Geistes.

Unterdrückung der Meinungsfreiheit.

Unterdrückung der Wirtschaftsfreiheit.

Unterdrückung der Eigeninitiative.

Unterdrückung überhaupt.

Der Kampf gegen rechts, sofern "Kampf".

(Michael Klonovsky 14.07.2017) ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 19. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Blau, die Farbe fürs Herz**

Was ist der Unterschied zwischen CDU-Merkel und SPD-Schulz? SIE hat keinen Bart! ER kaut keine Fingernägel. Soweit man weiß.

Zwischen FDP-Lindner und dem GRÜNEN Özi? Der Christian hat die Haare schöner. Hat ja auch mindestens 10.000 Euro gekostet; der Knick in Cem's Pupille wäre wohl teurer.

CSU-Seehofer und die SED-LINKE Wagenknecht? Er kann besser Merklin-Eisenbahn. Aber Sarah ist eindeutig hübscher geschminkt. Jedenfalls besser als Honecker.

Ansonsten? Wie unterscheiden sich die sechs Parteien, die Deutschland im Griff haben? Natürlich, durch die Farben: Merkel-Schwarz, Schulz-Rot, Honecker-Rot, Geld-Gelb, Regenbogen-GRÜN, Weißbläulich. Ansonsten? So, wie ZK-Berlin und MAINSTREAM befehlen. Deutschland muß weg!

Gut, bei der CDU nur jene, die immer noch von HEIMAT schwafeln. Bei der SPD, wer noch von LEITKULTUR murmelt. Bei der FDP alle, die mal liberal-national dachten. Bei den GRÜNEN nur die SCHWEINEDEUTSCHEN, also fast alle. Bei den SED-LINKEN die Kapitalistenschweine, also alle. Und bei der CSU? Nur jene obstinaten Bayern, die mal Franz-Josef Strauß bis zum absoluten Gipfel nachkraxelten.

Was also bleibt den Deutschland-Deppen? Die immer noch nicht ausgetauscht sind? Die immer noch ausharren im Land der Dichter und Denker? Des Schwarzen Goldes, der Grünen Wälder? Wen sollen sie wählen am 24. September? N o c h dürfen sie ja so frei sein in der Kabine...

Also wen sollen die wählen, die schon länger hier leben?

Blau! Die Farbe, die das Herz wieder beruhigt. Wenn es um Deutschland geht. Die Farbe der AfD ist Blau ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juli 2017 (x887/...): >>**Ein "Mordsweib"?**

Ungesund und fatal ist die Beziehung der Deutschen zu ihrer Kanzlerin

Ihr lieben Deutschen, was fasziniert euch an dieser Frau? Das Äußere kann es eher nicht sein, aber das ist geschenkt. Sicher, man kennt sich. Man hat sich aneinander gewöhnt. Aber diese bedingungslose Hingabe? Ihr seid ihr verfallen. Es ist eine mörderische Beziehung. Diese Frau nimmt Euch aus. Sie tut Euch nicht gut. Sie fährt mit Euch Schlitten und noch dazu voll gegen die Wand. Es ist ein Rätsel.

"Angela Merkel wird immer beliebter", freut sich die "Zeit". Die Wochenzeitung präsentiert eine Infas-Umfrage, nach der sich 36 Prozent der Wähler für die Kanzlerin "richtig begeistern". Infas-Chef Menno Smid staunt: "Wir haben die Intensität einer affektiven Haltung gemessen. Eine solche Messung ist gegenüber kurzfristigen Themeneinflüssen erfahrungsgemäß robust." Sprich: Dies ist mehr als eine Schwärmerei. Heiß und innig sind die Gefühle für die Angebetete.

"Frau Merkel, Sie sind ein Mordsweib", begeisterte sich einer ihrer zahllosen Fans jüngst in Essen. Die Kanzlerin sprach in der dortigen Philharmonie über "Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert". Um Deutschland ging es ihr dabei weniger. Als Weltkanzlerin präsentierte sich die lila Beblazerte an diesem Abend. Sie wolle Wohlstand für alle und das rund um den Globus. Kaum einer ihrer Sätze endete ohne Beifall. Zur Fragerunde erhob sich ein Mann, der sich als Unternehmer und Vater von vier Kindern vorstellte. Sie nehme zwar oft Bezug auf Ludwig Erhard, erklärte dieser kritische Denker, aber ob ihr denn nicht bewußt sei, daß dieser sich nur für den Wohlstand in Deutschland verantwortlich gesehen habe. Erhard habe sicher nicht geglaubt, daß Deutschland berufen sei, auch zum Beispiel für den Wohlstand in Afrika

zu sorgen.

Leider folgte kein Moment der Klarheit im Publikum. Der Mann wurde ausgebuht. Merkels Antwort enthielt dann unter anderem einen Verweis auf das Römische Reich. Der antiken Großmacht sei es immer gut gegangen, wenn sie statt auf Abschottung auf Ausgleich mit den Nachbarn gesetzt hätte. Einen Multi-Kulti-Exzeß namens Völkerwanderung erwähnte sie nicht: "Zahllos wie die Funken des Ätnas", so der Zeitzeuge Ammianus Marcellinus, strömten die germanischen "Flüchtlinge" im vierten Jahrhundert nach Christus ins Reich. Auch aus christlicher Nächstenliebe waren sie hereingelassen worden. Sie brachten Gewalt, Chaos und Niedergang.

Der Althistoriker Alexander Demandt hat mit "Das Ende der alten Ordnung" einen lesenswerten Aufsatz darüber geschrieben. Aber zurück zur Magna Mater, zur großen Mutter: Muttis Sicht auf die Geschichte ist ebenso zweckorientiert wie vieles andere. Fakten stören da nur. Und sie kann es sich leisten. "Eine Mutter kann nicht abgewählt werden", hat der Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz schon vor einigen Jahren im Hinblick auf die Wahlerfolge Merkels festgestellt. Er attestierte den Deutschen eine Sehnsucht nach Mütterlichkeit. Sein Kollege Tilman Moser spricht vom "regressiv eingerastetem Vertrauen". Mit kindlichem Urvertrauen begegnen die Deutschen ihrer Angela Merkel. Sie werden bitter enttäuscht werden.<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 22. Juli 2017 (x953/...): >>**Lügen die Medien?**

Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung.

von Jens Wernicke

Ein neues Buch aus dem Rubikon-Umfeld geht der Frage nach: Lügen die Medien? Zu Wort kommen die Journalisten Walter van Rossum, David Goeßmann, Ulrich Teusch, Volker Bräutigam, Ulrich Tilgner, Stephan Hebel, Werner Rügemer und Eckart Spoo. Die Wissenschaftler Noam Chomsky, Daniele Ganser, Rainer Mausfeld, Uwe Krüger, Jörg Becker, Michael Walter, Erich Schmidt-Eenboom, Klaus-Jürgen Bruder und Kurt Gritsch. Sowie mit Maren Müller, Hektor Haarkötter, Sabine Schiffer, Gert Hautsch, Rainer Butenschön, Markus Fiedler und Daniela Dahn wichtige Stimmen aus der Zivilgesellschaft.

Die Mehrheit der Bürger vertraut den Medien nicht mehr. Der Begriff der Lügenpresse geistert durchs Land. Viele haben erkannt: Eine von Konzerninteressen, Hochglanzwerbung und politischer Agitation à la "Deutschland geht es so gut wie nie zuvor" (Angela Merkel) geprägte "Berichterstattung" hat mit ihrer sozialen Realität nichts mehr gemein. Eine "Kernschmelze des Vertrauens" (Edelman Trust Barometer 2017) findet statt.

SPD-Urgestein und Herausgeber der *NachDenkSeiten* Albrecht Müller kritisiert die Medien daher als "Kampfpresse". Nach seinen Worten sind die Medien zu Sprachrohren der Mächtigen verkommen und stehen Gewehr bei Fuß, wenn es etwa um die Legitimation von Sozialabbau geht.

Andere Medienkritiker werfen den Medien sogar Propaganda vor und verweisen auf eine Berichterstattung, die kein Problem damit hat, entgegen journalistischer Standards mit Lügen den Weg in eine Politik zu ebnen, für die Kriege und das Anstacheln von Feindseligkeiten selbstverständlich geworden sind.

Fest steht: Die Einseitigkeit und Parteilichkeit vieler Medien ist kaum mehr zu ertragen. Wenn selbst führende Politiker inzwischen eine "erstaunliche Homogenität" (Frank-Walter Steinmeier) und mangelnde Meinungsvielfalt der Presse beklagen, wird deutlich: Wir befinden uns in einer tiefgreifenden Krise, die nicht länger hinzunehmen ist.

Doch warum? Was sind die Probleme und Ursachen? Und ist ein ehrlicher und ausgewogener Journalismus überhaupt noch denk- und vorstellbar?

Der Medienmainstream beantwortet diese Fragen üblicherweise mit Aussagen wie "Wir sind nicht gesteuert, Fehler passieren jedem einmal," oder verortet die Krisenursachen mit der Be-

hauptung "Das ist doch alles Verschwörungstheorie!", beim Publikum selbst.

Eine umfassende und vielstimmige Medienkritik tut daher not. Eine Kritik, die den Bürgern die "intellektuellen Waffen" (Pierre Bourdieu) an die Hand gibt, derlei Ausflüchte und Entmündigungsversuche als das zu erkennen, was sie sind. Eine Medienkritik, die für die Bürger Partei ergreift und sich bewußt ist, daß "die Propaganda für die Demokratie (dasselbe ist) wie der Knüppel für einen totalitären Staat" (Noam Chomsky).

Jens Wernicke hat mit zahlreichen Medienexperten über die verschiedenen Facetten der Krise gesprochen und sucht nach Lösungen und Auswegen. Das Resultat ist ein unverzichtbares Kompendium der Medienkritik.

Buchtitel: *"Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung". Das Medienkritik-Kompendium ...* Westend-Verlag ...<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 26. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Fake-Politik**

Was sind die wirklich wichtigen Themen, die unser Land bewegen und unsere Zukunft entscheiden? Zuwanderung, islamischer Terrorismus, Währung, Energie, Familie, Finanzierung der Sozialsysteme! In all diesen Bereichen hat die etablierte Politik versagt.

Um davon abzulenken, propagiert sie Fake-Themen und schüchtert die Bevölkerung mit angeblichen Gefahren ein: Klimawandel, Rußland, Trump. Und jeden, der sich lieber um die wirklich wichtigen Dinge kümmert statt um die Fake-Themen, beschimpft sie als "Rechtspopulisten". Das anzusprechen, was unser Land prägt, wird zu einem Akt des Mutes, denn die relevanten Themen sind alle tabuisiert: sie sind "politisch inkorrekt".

Kein Land kann sich einen Kampf gegen die Wirklichkeit leisten. Kein wirkliches Problem wird durch Wegschauen gelöst. Entweder gelingt es, offen über das zu streiten, was wichtig ist - oder in allen wichtigen Themen werden die gewinnen, denen es nicht um das Wohl Deutschlands, sondern seine Zerstörung geht.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 31. Juli 2017: >>"Viel Zeit bleibt Deutschland nicht mehr"

Bürgerliche Reformpartei oder Rechtsaußen-Truppe? Der AfD-Bundestagskandidat Marc Jongen, der den Medien als der "Denker" der Partei gilt, mahnt zu einem haarscharfen Kurs jenseits der Anbietung, aber diesseits übertriebener Widerstandsrhetorik.

Herr Dr. Jongen, die AfD ist 2013 als bürgerlich-konservative Alternative der Mitte gestartet, heute gilt sie dagegen als populistische Rechtspartei. Ist diese Beschreibung eine Verleumdung der Medien oder trifft sie zu?

Marc Jongen: Mit der AfD hat sich politischer Widerstand gegen den Ausverkauf Deutschlands durch unsere moralisch und geistig korrupten Eliten formiert. Das war 2013 schon so "populistisch" wie heute - dieser Begriff wurde auch schon der Lucke-AfD angeheftet, ebenso wie der Begriff "rechts". Daß der Ausverkauf Deutschlands mehr Dimensionen hat als nur die monetäre, das war bereits bei Gründung der Partei für viele sichtbar. Insofern sind inzwischen nur Themen explizit gemacht worden, die von Anfang an im Widerstandspotential der AfD angelegt waren.

Verneinen Sie, daß die Partei sich verändert hat?

Jongen: Nein, mir ist nur die Allerweltsdiagnose "Rechtsruck" dafür zu simpel und zu denunziatorisch. Wenn man den Mainstream-Medien und dem politischen Gegner Glauben schenkte, müßten die Funktionäre der AfD längst in SA-Uniformen durch die Straßen marschieren und "Sieg Heil!" brüllen, so oft wurde der Partei bereits ein "weiterer Rechtsruck" angedichtet. Das Ganze ist ein sehr durchschaubares - und sehr schmutziges - Mittel des politischen Kampfes hierzulande: Wo die Argumente des Gegners gefährlich werden, weil sie zu sehr ins Schwarze treffen, dort stellt man von Argumentieren auf Diffamieren um. Und mit nichts diffamiert es sich in Deutschland bekanntlich besser als mit der Nazi-Keule.

"Es gilt 'rechts' von 'rechtsradikal' zu befreien"

Also alles Verleumdung der Medien?

Jongen: Eine gründliche und ehrliche Analyse ergibt doch, daß der thematische Hauptschwenk, den die AfD vollzogen hat, nämlich vom Euro-Thema hin zum Migrationsthema, ganz wesentlich mit der Veränderung der politischen Großwetterlage zu tun hat. Als im Sommer 2015 die Migrationskrise dank Angela Merkels Rechtsbrüchen mit voller Wucht über uns hereinbrach, wollte auf Wahlveranstaltungen der AfD kein Mensch mehr etwas über die Finanz- und Währungskrise hören. Wenn Sie einen Rohrbruch haben, zugleich aber der Dachstuhl brennt, dann werden Sie auch alle Kräfte auf den Brand als das weitaus größere Problem konzentrieren.

Nun wird das aber als Verschiebung der AfD nach rechts wahrgenommen. Was bedeutet das für ihre strategische Positionierung auf dem Schachbrett der Politik?

Jongen: Langfristig ist der Begriff "rechts" zu rehabilitieren und von der Gleichsetzung mit "rechtsradikal" zu befreien, wie sie der "Kampf gegen Rechts" perfiderweise suggeriert. Dazu muß die linke Diskurshegemonie aber erst gebrochen werden. Und im politischen Kampf bedeutet Überhastung zumeist, das Gegenteil des Beabsichtigten zu erreichen. Abgesehen davon habe ich nicht den Eindruck, daß unser Wahlprogramm besonders "rechts" wäre. Nach den politischen Maßstäben, die bis vor wenigen Jahren noch allgemein gegolten haben, ist es viel eher als klassisch bürgerlich und grundvernünftig zu bezeichnen. Am "revolutionärsten" ist noch unsere Forderung nach mehr Volksabstimmungen, aber auch hier dient uns die stocknüchterne bürgerliche Schweiz als Vorbild. Der Eindruck der Rechtslastigkeit entspringt einer optischen Täuschung: Wenn eine CDU-geführte Regierung Politik nach der linksradikalen Parole "No borders, no nations" macht, dann geraten Verfassungstreue, Grenzschutz und politische Vernunft eben unter den Verdacht des "Rechtsextremen".

"Da die Politik irrsinnig ist, müssen wir drastisch sein"

Ihren Ruf, nach rechts gewandert zu sein, verdankt die AfD allerdings kaum einer anspruchsvollen konservativen Argumentation - Stichwort: "Diskurshegemonie brechen" -, sondern politischen Provokationen. Ist das eine kluge Strategie?

Jongen: Wie gesagt hat die AfD ihre Schwerpunktsetzung und ihre Rhetorik den veränderten politischen Verhältnissen angepaßt. Da diese Verhältnisse nur noch als irrsinnig zu bezeichnen sind, müssen auch die Worte, die sie anprangern, drastische sein. Das war und ist eine politische Notwendigkeit. Ich verhehle allerdings nicht, daß ich angesichts mancher unbedachten Äußerung von Parteifreunden in letzter Zeit öfter den Kopf geschüttelt habe. Einige scheinen es für einen besonders klugen Schachzug zu halten, exakt dem Klischee zu entsprechen, das der politische Gegner auf uns projiziert. Ich bin nicht gegen gezielte Provokationen, aber diese sollten intelligent und entwaffnend sein, nicht die üblichen Beiß- und Abwehrreflexe auslösen. Damit machen wir es dem Gegner zu einfach und verspielen völlig unnötig Sympathien.

Sie sprachen ja einmal von der mangelnden "Thymosspannung" in Deutschland, die die AfD wieder heben sollte. Thymos bezeichnet bei Platon neben Logos und Eros eine der drei Motivationen des Menschen; wobei Thymos die Gemütslage ist. Allerdings ist die AfD anders als zu Beginn heute kaum mehr Ausdruck einer spontanen Unzufriedenheit - also einer Thymoshebung - in der Mitte der Gesellschaft, sondern Vertreterin der grundsätzlichen Unzufriedenheit lediglich einer konservativen oder rechten Minderheit. Spielt diese Veränderung eine Rolle?

Jongen: Man sollte politische Momentaufnahmen nicht als Endzustände fehlinterpretieren. Nach monatelangem Aufschwung geht die AfD derzeit durch eine sehr schwierige Phase. Die regierenden Altparteien und die geballte Macht der staatstragenden Medien haben sich verschworen, um uns totzutreten. Unsere Etablierung als feste politische Größe in Deutschland

wollen sie mit allen Mitteln verhindern, solange sie noch eine Chance dazu sehen. Daher verbreiten sie das Narrativ, wir verträten nur ein paar Radikale und Abgehängte. Umfragen zeigen aber, daß die Mehrheit im Volk in vielen Belangen im Grunde den AfD-Positionen zuneigt.

Unsere politische Aufgabe wird in nächster Zeit hauptsächlich darin bestehen, dieser noch zweifelnden, schweigenden Mehrheit klarzumachen, daß wir es sind, die in Wahrheit ihre Interessen vertreten. Wenn dieser Funke überspringt, dann können unsere Zustimmungswerte rasch wieder sehr stark ansteigen. Dann kann auch, um auf Ihre Frage nach dem Thymos zu antworten, das weit verbreitete diffuse Unbehagen im Volk in eine neue Aufbruchsstimmung umschlagen. Eine AfD als Volkspartei wird die Zuversicht vermitteln, daß ein grundsätzlicher Wandel möglich ist.

"Mit dem Populismus darf man es nicht zu weit treiben"

Apropos Volk: Anfangs wehrte sich die Partei gegen den Begriff Populismus. Heute verwendet ihn etwa Parteivize Alexander Gauland selbst, um die AfD zu beschreiben. Was bedeutet dieses Bekenntnis zum Populismus?

Jongen: Wie Sie selbst schon andeuten, kommt Populismus von "Volk". Ebenso wie der Begriff Demokratie. In diesem Sinn ist es nicht ehrenrührig, Populist zu sein. Die sogenannten Populisten sind oft nur die besseren Demokraten, weil sie Volkes Wille noch ernst nehmen. Es ist schon ein groteskes Schauspiel, wie diejenigen, die mit Eifer an der Entmachtung des Volkes als politisches Subjekt und langfristig auch an seiner Abschaffung als ethnische Größe arbeiten, die AfD des Populismus beschuldigen.

Darin verrät sich eine große Geringschätzung des Volkes, das von denselben Leuten, allesamt gute "Demokraten", ja auch gerne als "Pack" oder "Pöbel" beschimpft wird. Allerdings darf man es mit dem Bekenntnis zum Populismus auch nicht zu weit treiben. Dazu behält der Begriff trotz allem zu viele negative Konnotationen. In keiner Partei in Deutschland geht es wohl weniger populistisch zu als in den Fachausschüssen der AfD. Dort wird mit viel Sachverstand und Herzblut um die richtige Position gerungen. "Und uns nennen sie Populisten ...", habe ich in solchen Fachausschuß-Sitzungen schon des öfteren gedacht.

Wenn die AfD durchaus auch ein anspruchsvoller "Debattierclub" ist, warum verlassen dann immer mehr Bürgerliche die Partei, und warum verteidigen immer mehr bürgerliche Sympathisanten die AfD öffentlich nicht mehr?

Jongen: Ganz so stimmt das nicht. Mit Nicolaus Fest und Erika Steinbach haben sich in letzter Zeit zwei dezidiert bürgerliche und sehr angesehene Persönlichkeiten zur AfD bekannt - der eine als aktives Mitglied, die andere als Unterstützerin. Richtig ist aber, daß sich viele unserer insgeheimen Sympathisanten momentan nicht trauen, ihre Sympathien offen zu bekunden. Dazu ist das Meinungsklima zu verhetzt, die möglichen Repressalien sind zu bedrohlich. Manche mag auch das ungeschickte Auftreten einiger AfD-Funktionäre verschreckt haben, ich wage aber die These, daß dies kaum eine Rolle spielte, wenn es nicht im Hallraum der feindseligen Medien ins Zehn- und Hundertfache verstärkt würde.

Warten wir bitte ab, was nach der Bundestagswahl geschieht, wenn die AfD sich als politische Größe weiter etabliert hat und etwa der De-facto-Boycott der öffentlich-rechtlichen Talkshows gegen die AfD nicht länger durchzuhalten ist. Ich prophezeie einen Dominoeffekt im bürgerlichen Lager zu unseren Gunsten.

Aber nur eine AfD, die auf die Mitte zielt - indem sie auf den konservativen Teil der Wähler dort einwirkt -, ist gefährlich. Eine Partei, die wie derzeit nur das Segment der Konservativen und Rechten binden kann, ist dagegen keine Bedrohung, weil alle anderen Parteien zusammen sie isolieren und am Rand verhungern lassen können.

Jongen: Da sehe ich schon Handlungsbedarf, aber keinen Grund zur Panik. Als einzige Oppositionspartei im Land, die wir sind, müssen wir offenkundig zwei Extreme vermeiden: Erstens

uns den Altparteien zu sehr anzubiedern und damit unseren widerständigen Stachel zu verlieren. Zweitens aber auch, die Widerstandsrhetorik derart zu übertreiben, daß wir es den anderen unmöglich machen, mit uns zusammenzuarbeiten. Zwar ist mit dem aktuellen Führungspersonal in CDU und FDP, geschweige denn in der SPD, keinerlei Kooperation möglich, und die Parole "Merkel muß weg!" gilt ohne Einschränkung.

Aber wir dürfen bei aller berechtigten Polemik nicht vergessen, daß auch die CDU - gerade die CDU - wandlungsfähig ist, und sollten uns schon jetzt für den Tag rüsten, da ihre komatöse bürgerliche Seele wieder aufwacht. Inzwischen gilt es, das sogenannte Overton Window - also den Bereich des politisch Sag- und Durchsetzbaren - mit großer Beharrlichkeit in unsere Richtung zu verschieben. Das schafft man nicht mit möglichst radikalen Parolen, sondern indem man die für uns Empfänglichen einen Schritt außerhalb des Bereichs abholt, wo sie momentan noch stehen.

"Viel Zeit bleibt Deutschland nicht mehr"

Die Frage allerdings, ob die AfD mit der CDU koalieren soll oder nicht, steht doch gar nicht zur Debatte - und zwar von seiten der CDU. Dennoch ergeht sich die AfD in einem internen Streit über diese Frage. Lebt sie nicht mehr in der Realität?

Jongen: Diesen Streit zur Unzeit halte ich auch für unglücklich. Man sollte diese Fragen dann behandeln, wenn sie aktuell werden. Vielleicht hilft ein Blick über die Grenze: In Österreich ist die FPÖ trotz oder gerade wegen ihrer Isolierung durch alle anderen Parteien über die Jahre hinweg immer stärker geworden. Übrigens auch trotz aller Diffamierung als "Rechtsaußen". Im letzten Jahr hätte sie um ein Haar den Bundespräsidenten gestellt, und heute ist sie stärkste Partei in den Umfragen.

Ganz soviel Zeit bleibt uns in Deutschland wohl nicht mehr, aber die politischen Realitäten sind anzuerkennen, und diese weisen uns ohne Wenn und Aber die Oppositionsrolle zu. Um so schneller werden wir stark genug zum Regieren sein, je einiger wir sind und je weniger wir der Versuchung erliegen, die bösen Diffamierungsspiele, die unsere mächtigen Gegner mit uns spielen, parteiintern zu wiederholen.

Dr. Marc Jongen ist Bundestagskandidat und mit Ralf Özkara gleichberechtigter Landesvorsitzender der AfD in Baden-Württemberg.<<